

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

2 S 21395 E

3

Frankfurt, März 1971

Einzelpreis 1,— DM

XI. Jahrgang

In der Bundesrepublik verschärfen sich die sozialen Spannungen auf Grund der Widersprüche im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Den Forderungen der Arbeiter und Angestellten nach Verbesserung ihrer sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse, nach sozialer Sicherheit und wirksamer Mitbestimmung, setzen die Konzerne und Monopole immer stärkeren Widerstand entgegen. Das Großkapital erwartet von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung hierbei eine wirksame Unterstützung durch die Disziplinierung der Gewerkschaften und die Knebelung ihrer Lohnpolitik sowie eine Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der Stabilisierung der spätkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ihr wirksamstes Instrument ist dabei immer noch die „konzertierte Aktion“.

So stand auch die 20. Sitzung der konzertierten Aktion ganz im Zeichen der Unternehmerangriffe auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik. Schon Tage zuvor hatte das „Handelsblatt“, eine Zeitung des Großkapitals, als Aufgabe dieser „konzertierten Runde“ bezeichnet, „die Gewerkschaften in die Ecke zu drängen“. Die gemeinsame Front von Bundesregierung, Bundesbank und Unternehmerverbänden bemühte sich dann auch, die Gewerkschaften für die Instabilität der Wirtschaftspolitik verantwortlich zu machen. Das war nichts anderes als das Wiederabspielen der alten Platte von der Lohn-Preis-Spirale, die durch ihre ständige Wiederholung keineswegs an Wahrheit zugenommen hat, denn nicht die Löhne, sondern die seit Jahresanfang eingeleiteten massiven Preissteigerungen der Unternehmer und der Bundesregierung belasten die arbeitende Bevölkerung mit vielen Milliarden DM.

Angriffe auf Tarifautonomie zurückweisen

Bezeichnenderweise verlor Karl Schiller kein Wort über die hohen Unternehmergeinne, wohl aber unterstützte er die Forderungen des Unternehmersprechers von Amerongen, der als obere Grenze für die Lohnerhöhungen im Jahre 1971 lächerliche 6,5 Prozent festgelegt haben wollte. Damit wurde deutlich, daß die Bundesregierung immer bereit ist, die Unternehmerforderungen mit Hilfe staatlich verordneter Leitlinien voll zu unterstützen, aber nicht einmal die vom DGB gestellte sehr bescheidene Forderung nach einer Einstellung des steuerlichen Konjunkturzuschlages fand die Unterstützung des Wirtschaftsministers. So bewies auch diese konzertierte Aktion, daß sie keinen anderen Zweck haben soll, als die Lohnpolitik der Gewerkschaften an Orientierungsdaten zu fesseln, die keineswegs den Lohnerwartungen der Arbeiter und Angestellten entsprechen.

Daß andererseits die konzertierten Aktionen für die Unternehmer nicht ohne Wert sind, beweisen der neue Tarifabschluß im Baugewerbe mit einer Lohnerhöhung von 7,9 Prozent und der Abschluß im Druckereigewerbe mit 9 Prozent. Maßvoll, konjunkturneutral und vernünftig nannte die Unternehmerpresse das Verhalten der beiden Gewerkschaften. Die mit der konzertierten Aktion und Lohnleitlinien erfolgenden staatlichen Eingriffe in die Tarifautonomie müssen von den Gewerkschaften, einer Warnung Otto Brenners entsprechend, entschieden zurückgewiesen werden.

sr

Aus dem Inhalt:

Die reale Lage erkennen! Moskauer Vertrag und das Verhältnis zwischen BRD und DDR	2
„Hexenjagd“ in der SPD Alarmierende Aktivität der rechten Kräfte	3
Tarifautonomie in Gefahr	4
Chemie-Tariffbewegung läuft In Hessen Lohnforderungen bis 15 Prozent	5
IG Bau auf Schiller-Kurs	6
Prozenttarif für Lehrlinge! Gute Forderung der IG Druck und Papier nicht verwirklicht	7
Unternehmer können zahlen	8
Lohnkürzung durch Steuerpolitik	9
Satzungsanträge vorgelegt DGB Hessen verlangt Verbesserung des Kommissionsentwurfs	10
BetrVG-Novelle muß vom Tisch Wachsende Kritik in Betrieben und Gewerkschaften	11
Gesellschaftspolitisches Seminar der NACHRICHTEN — Standort und Perspektive — „Eingriff in die Profitsphäre“ — „Demokratische Verstaatlichung“	12—14
Falsche „Gewerkschaftskunde“ DGB-Kurs zur Gewerkschaftsgeschichte sollte eingestampft werden	15
Ein Jahr der Kongresse / Vor dem IGM-Gewerkschaftstag Überblick über Probleme auf Gewerkschaftstagen	16
1. Mai — ein Kampftag! DKP: 1. Mai gut vorbereiten und offensiv auftreten	18
Griff in die Rentenkasse?	19
Preispolitik in der DDR	21
Proteststreiks in England	22

Die reale Lage erkennen!

Hindernisse für die friedliche Koexistenz beseitigen Die Verträge und das Verhältnis zwischen BRD und DDR

Seit über sechs Monaten ist der Vertrag zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik von den Regierungschefs unterzeichnet und damit eine politische Realität. Der Vertrag ist ein Faktum, das seine politische Wirkung ausübt und in der Bundesrepublik die Fronten klarer herausgebildet hat. Die Ratifizierung des Vertrages wird von der Regierung Brandt/Scheel in die Länge gezogen, was den militant reaktionären Kräften um Guttenberg, Strauß und Thadden ermöglicht, die Bevölkerung nationalistisch zu verhetzen. Die Bevölkerung der BRD ist herausgefordert, über einige Grundfragen der eigenen Sicherheit, der Demokratie, der Zukunft der Bundesrepublik nachzudenken und sich neu zu entscheiden.

Was hat sich Willy Brandt eigentlich dabei gedacht, als er in Moskau und Warschau die Verträge unterzeichnete? War er sich der geschichtlichen Bedeutung bewußt, daß er mit Kossygin und Cyrankiewicz die Grenzen in Europa als endgültig anerkannte und die sozialistischen Staaten in völkerrechtlich angelegten Verträgen respektierte? Wortlaut und Geist des Moskauer Vertrages und der „Absichtserklärungen“ beider Regierungen besagen deutlich, daß die DDR in gleicher Weise anerkannt wird, wie die anderen sozialistischen Staaten, und daß in diesem Geist ein Vertrag zwischen der BRD und der DDR abzuschließen sei. Dazu hat sich Brandt verpflichtet.

Heute wird die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau von der Bundesregierung blockiert, indem Brandt wie Scheel von den Botschaftergesprächen (USA, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion) Ergebnisse erwarten, die dem Wortlaut und Geist der unterzeichneten Verträge zuwiderlaufen. Das ist eine völlig falsche Position und ein unrealistisches Verhalten dazu, denn niemals wird z.B. Westberlin zur Bundesrepublik gehören, weder direkt noch indirekt. Westberlin wird das bleiben, was es ist: eine besondere politische Einheit.

Wo liegen die Ursachen für den Versuch der Regierung Brandt/Scheel, die Verträge ihres positiven Inhalts zu entkleiden oder gar gemeinsam mit der CDU/CSU zu torpedieren? Da ist vor allem eine immer noch falsche Einschätzung der Endgültigkeit der großen gesellschaftlichen Veränderungen in Europa nach dem 2. Weltkrieg. Das alte imperialistische Europa existiert nicht mehr. Der größere Teil Europas ist sozialistisch. Ebenso existiert das „Reich“ des deutschen Imperialismus nicht mehr. Es gibt zwei deutsche Staaten. Einen sozialistischen, die DDR, und einen imperialistischen, die BRD. Das können oder wollen weder Scheel noch Brandt mit ihren Ministern verstehen.

Noch wollen sich die sozialdemokratischen Führer mit diesem Resultat der geschichtlichen Entwicklung nicht

abfinden. Darum erfindet Brandt in vollem Einvernehmen mit Kiesinger und Strauß eine angebliche „Einheit der deutschen Nation“, die es zu erhalten gelte. Ganz im Sinne dieser Erfindung wird dann von den Beziehungen zwischen der BRD und der DDR als von „innerdeutschen“ Beziehungen gesprochen. Hier kommt ein Pferdefuß der „Ostpolitik“ der Regierung zum Vorschein.

„Einheit der deutschen Nation“ — was soll denn das heute heißen? Das grundlegende Merkmal der BRD als gesellschaftliche Ordnung und als Staat ist ihr imperialistischer Charakter, die Herrschaft der großen Monopole wie Siemens, BASF, Ruhrkohle AG, der Stahl-Großunternehmen und Großbanken. Das hat nicht das geringste mit dem Wesen, der Struktur, den gesellschaftlichen und staatlichen Zielen der DDR zu tun. In der Bildung, der Kultur und Kunst sind die Gegensätze ebenfalls unüberbrückbar. Die deutsche Nation alter imperialistischer Prägung im geographischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder staatlichen Sinne ist endgültig im 2. Weltkrieg und der Nachkriegsentwicklung untergegangen.

Die DDR ist ein neuer sozialistischer Nationalstaat, der sowohl die revolutionäre Tradition der deutschen Geschichte bewahrt, wie auch das deutsche humanistische Kulturgut. Die BRD ist ein Staat, dessen nationale Identität zumindest zwielichtig ist. Die Regierung Adenauer hat nach der gewollten Spaltung Deutschlands offiziell auf die volle Souveränität der BRD verzichtet. Die Einbeziehung in die EWG mit Anerkennung der supranationalen Organe ohne jede nationalstaatliche, demokratische Kontrolle unterstreicht die antinationale Politik der herrschenden Kräfte in der BRD. Was soll es außerdem für eine „nationale Gemeinsamkeit“ zwischen 80 Prozent der Bevölkerung der BRD, die kapitalistisch ausgebeutet werden, mit den Milliarden der Großkonzerne geben? Von den Monopolen beherrscht, in die NATO eingegliedert, der Globalstrategie der USA verpflichtet, ist die Bundesrepublik ein imperialistischer Ausbeuterstaat, der das Prädi-

kat „national“ nicht verdient. Das ist die wahre Lage.

Nicht „nationale Gemeinsamkeit“, sondern Gegensätzlichkeit zwischen der BRD und der DDR hat sich unwiderruflich herausgebildet. Darum ist es verständlich und richtig, wenn die Regierung der DDR „innerdeutsche“ Beziehungen als Betrug und als unrealistisch ablehnt und statt dessen die grundsätzliche Abgrenzung betont. Sie erklärt, daß die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nur völkerrechtliche sein können.

Das ist die Konsequenz aus der Veränderung der Welt: Zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten kann und muß es Beziehungen der friedlichen Koexistenz geben. Auch auf die BRD und die DDR trifft das voll zu. Es sind also grundlegende Klassenfragen und davon abgeleitete politisch-strategische Probleme, die die rechten Führer der SPD in Widerspruch zu den von der sozialdemokratisch geführten Regierung unterschriebenen Verträgen bringen. Trotzdem können und müssen diese ratifiziert und mit Leben erfüllt werden.

Den Weg dazu hat Willi Stoph, der Ministerpräsident der DDR, in seinem Brief an den Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Klaus Schütz, gewiesen. Das Angebot ist klar: Westberliner Senat und Regierung der DDR sollen selbst die Beziehungen zwischen der besonderen politischen Einheit Westberlin und der sozialistischen DDR in Verhandlungen klären und festlegen. Willi Stoph hat in Aussicht gestellt, z.B. Besuche der Westberliner in der Hauptstadt der DDR kurzfristig und unabhängig von Verhandlungen über den Gesamtkomplex Westberlin zu vereinbaren. Diesbezügliche Gespräche laufen bereits. Natürlich muß der gute Wille auch auf seiten des Westberliner Senats vorhanden sein: das heißt, in Westberlin keine Komplikationen durch provokative Akte herbeizuführen. Außerdem stünde es dem Senat wie auch der Regierung Brandt/Scheel gut an, endlich und im Sinne der Bevölkerung eine selbständigere Politik zu machen.

Die Abhängigkeit der Bundesregierung von den Botschaftern der westlichen Hauptmächte und der NATO, ist jetzt das größte Hindernis, die Verträge von Moskau und Warschau zu ratifizieren sowie weitere Verträge mit anderen sozialistischen Staaten, besonders der DDR, abzuschließen und zu verwirklichen. Um dieses Hindernis zu überwinden, ist eine Volksbewegung notwendig, die für Entspannung und Verständigung, für die Ratifizierung der Verträge und eine europäische Sicherheitskonferenz eintritt, auf der die sozialistischen und kapitalistischen Staaten eine Politik der friedlichen Koexistenz vertraglich festlegen. Damit kann eine Politik der Entspannung und Verständigung durchgesetzt werden. Josef Ledwohn

„Hexenjagd“ in der SPD

Alarmierende Aktivität der rechten Kräfte in der Partei Verteidigung des Kapitalismus mit Antikommunismus

Es ist bezeichnend für die Situation in der sozialdemokratischen Partei, daß fast zur gleichen Zeit, als der Münchner Oberbürgermeister Vogel seine „Breitseiten“ gegen die fortschrittlichen linken Kräfte im SPD-Unterbezirk München abschloß, sein Parteifreund Hupka auf einer Vertriebenenveranstaltung in Bonn im Chor mit den CDU/CSU-Rechtsaußen Dregger und Guttenberg die Brandt-Regierung wegen ihrer Ostpolitik hemmungslos beschimpfen konnte, ohne daß der Parteivorstand Hupka wegen seines parteischädigenden Verhaltens auch nur zu rügen wagte. Der politische Amoklauf Vogels fand dagegen die uneingeschränkte Zustimmung reaktionär-konservativer Kreise von der „Frankfurter Allgemeinen“ bis zum „Bayerinkurier“ des Franz-Josef Strauß. Offenkundig ist, daß die Auseinandersetzung der „Linken“ in der SPD mit den Schmitt-Vockenhäusern, Georg Leber und sonstigen Rechten durch den knappen „Sieg“ Vogels nicht abgeschlossen wurde, sondern erst beginnt.

Es ist nämlich nicht nur eine „geringe Zahl meist junger Mitglieder“, die zu dem Rechtskurs des Parteivorstandes in Opposition steht, vielmehr hat die Verdrossenheit mit der sozialdemokratischen Parteiführung die Mehrheit der Mitglieder, besonders aus der Arbeiterschaft, erfaßt. Ihnen wird immer deutlicher, daß die Praxis der sozialdemokratisch geführten Regierung in Widerspruch steht zu den Grundsätzen des Godesberger Programms und Bundeskanzler Willy Brandt nichts oder doch viel zu wenig unternimmt, um den sich verschärfenden Widerspruch zwischen dem Grundgesetz und der gesellschaftlichen und sozialen Wirklichkeit zu mindern.

Es kann auch nicht zufällig sein, daß die Münchner Vorgänge zeitlich so dicht mit dem Antikommunismus-Beschluß der SPD-Führungsgremien zusammenliegen. Schon die Entscheidung des Parteirates am 14. November 1970, das sogenannte Löwenthal-Papier und das Verbot von Aktionsgemeinschaften mit den Kommunisten dem Parteivorstand zur Annahme zu empfehlen, veranlaßte die Jungsozialisten zu der Feststellung, die ideologische Abgrenzung der Sozialdemokratischen Partei von den Kommunisten diene vor allem dazu, die sozialistischen Kräfte in der Partei selbst zurückzudrängen.

Es geht der Parteiführung zweifellos um die Disziplinierung der Parteimitglieder, um Absicherung ihres antisozialistischen Kurses. Mit aller Offenheit haben Willy Brandt und führende Sozialdemokraten ihre Bekenntnisse zur sogenannten Marktordnung, und das heißt zur spätkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, abgegeben. So u. a. der Bundeskanzler vor dem Industrie- und Handelstag und der Wirtschaftsminister, Karl Schiller, in seiner Rede zur Eröffnung der Frankfurter Messe. Nach Ansicht Willy Brandts gehört der, der sich gegen eine Eigentumsordnung wehrt, in der 17 Prozent der Bevölkerung das gesamte Produktivvermögen be-

sitzen und 80 Prozent Besitzlose ausbeuten, „nicht in meine Partei“.

Der Gipfel politischer Borniertheit ist die Vorstellung, daß die Mitglieder der SPD, die in ihrer Mehrheit aus der Arbeiterschaft kommen, darauf verzichten werden, diese bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung,

DGB-Unternehmerschule

Der DGB-Bundesvorstand hat am 15. Februar 1971 an der „Hans-Böckler-Schule“ Hattingen/Ruhr das erste Seminar für „Manager der Wirtschaft“ eröffnet. Interessant ist zu erfahren, mit welchem Stoff die „Führungskräfte“ aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen, die Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft sind, bekannt gemacht werden. Etwa mit den Aufgaben der Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiterklasse, oder mit dem solidarischen Handeln aller Gewerkschafter gegen das Großkapital? Weit gefehlt! Die DGB-Führung will den Eigentumsverwaltern des Großkapitals „eine Einsicht in das spezifische Wirtschaftsdenken“ vermitteln und sie mit den „verschiedenen Managementtechniken“ vertraut machen.

Mit anderen Worten hat der DGB nunmehr damit begonnen, Führungskräften der Wirtschaft Anleitungen zu geben, wie mit neuen Ausbeutungstechniken noch mehr Profit aus den Arbeitnehmern und Angestellten herausgeholt werden kann. Damit werden Gewerkschaftsgelder für Unternehmerinteressen zweckentfremdet. Unter diesen Umständen wäre es gar nicht mehr so abwegig, wenn BDI-Chef Fritz Berg oder BDA-Boß Otto A. Friedrich den Antrag stellen, Mitglieder der Gewerkschaft zu werden.

- ick

in der sie von aller Mitbestimmung über das Produktionseigentum ausgeschlossen sind, und die ihnen weder soziale Sicherheit noch Menschenwürde garantiert, ohne Wenn und Aber akzeptieren und darauf verzichten, sie zu verändern.

Nicht zuletzt die Lohnkämpfe in den vergangenen beiden Jahren zeigen, daß sich die sozialdemokratischen Gewerkschafter nicht davon abhalten lassen, mit ihren kommunistischen Kolleginnen und Kollegen in gemeinsamer Streikfront ihren eigenen Interessen zu folgen, ohne sich an „marktwirtschaftlichen Bedenken“ sozialdemokratischer Minister zu stoßen. Sie lassen sich nicht „vor den Karren der Kommunisten spannen“, sondern handeln gemeinsam mit Kommunisten, wo die gemeinsamen Interessen dies erfordern: Im Kampf um höhere Löhne und gegen Unternehmerwillkür, für Mitbestimmung und soziale Sicherheit.

Auch in zahlreichen Gliederungen der SPD wehren sich die Mitglieder gegen die Antikommunismus-Beschlüsse und fordern, wie z. B. der Unterbezirk Münster, das Zusammenstehen aller „antikapitalistischen, antifaschistischen Kräfte, auch wenn sie links von der SPD stehen“, im Kampf gegen den „Hauptgegner, das Monopolkapital“.

Eindeutig ist auch die Haltung der Jungsozialisten sowie die des Sozialdemokratischen Hochschulbundes. So hat eine Gruppenkonferenz des SHB mit großer Mehrheit eine weitere Zusammenarbeit, auch mit den Kommunisten, gegen den Rechtsradikalismus, beschlossen. In der Erklärung heißt es: „Deshalb hält der SHB den Beschluß des Parteirates, der jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten als parteischädigend verbietet, für ein Mittel, diejenigen Kräfte in der SPD auszuschalten, die sich auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientieren und tritt in Fragen, in denen gemeinsame Interessen und Auffassungen bestehen, auch weiterhin für die Aktionseinheit mit den Kommunisten ein.“

Mit gleicher Argumentation beschloßen die Jungsozialisten des Unterbezirks Essen, die Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) gegen das Rechtskartell in der Bundesrepublik fortzusetzen. Und auch die Bezirkskonferenz der Jungsozialisten Südhessen hat den Antikommunismus-Beschluß der Parteiführung zurückgewiesen.

Die Antikommunismus-Beschlüsse der Führungsgremien der SPD beweisen, daß sie entschlossen sind, die Rolle als Verteidiger der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu spielen. Der verschärfte Antikommunismus findet darum auch verständlicherweise den ungeteilten Beifall des Großkapitals sowie der reaktionären CDU/CSU, die im Antikommunismus die Voraussetzung für ihre

Tarifautonomie in Gefahr

Unternehmer und CDU/CSU wollen Gewerkschaften in die Zwangsjacke der Lohnreglementierung stecken

Die Unternehmer verstärken ihren Widerstand gegen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen. Die Arbeitgeberverbände der chemischen Industrie erklären unverfroren, daß sie bereit sind, einen Streik zu provozieren. Schon Ende 1970 haben die Spitzenverbände der chemischen Industrie eine Solidaritätsaktion gestartet, mit der sie Firmen zu gegenseitiger Hilfeleistung im Falle eines Arbeitskampfes aufrufen. Es sollen Hilfsverträge zwischen zwei oder mehreren Firmen abgeschlossen werden, um vor allem Lieferschwierigkeiten während eines Streiks zu überbrücken.

Angeichts dieser Entwicklung wird es einer noch gründlicheren Vorbereitung der Lohnbewegung 1971 durch die Gewerkschaften bedürfen und vor allem einer noch umfassenderen Mobilisierung der Betriebsbelegschaften, um eine den heutigen Erfordernissen gerecht werdende Lohnerhöhung durchzusetzen. In NACHRICHTEN Nr. 2/1971 wurde darauf verwiesen, daß eine solche Erhöhung 15 Prozent betragen muß. Nur so kann angesichts der steigenden Preise und steuerlichen Mehrbelastungen die gewerkschaftliche Zielprojektion verwirklicht werden.

Aber der Widerstand der Unternehmer zielt nicht nur darauf, die gewerkschaftlichen Forderungen im Jahre 1971 zu stoppen, sondern die Lohnentwicklung langfristig in den Griff

zu bekommen. Unternehmerverbände und Bundesregierung hatten gehofft, dieses Ziel mit Hilfe der konzertierten Aktion erreichen zu können, aber die kämpfenden Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften haben 1969 und 1970 diesen Fahrplan durcheinandergebracht.

Nun wird nach schärferen Waffen gesucht, um die Gewerkschaften in die von den Unternehmerverbänden und der Bundesregierung gemeinsam zu rechtgeschneiderte Zwangsjacke zu stecken. Der frühere CDU-Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und jetzige Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Karl M. Hettlage, forderte unverblümt eine Einschränkung der Tarifautonomie, um die Lohnleitlinien der Regierung durchzusetzen. Die Gewerkschaften sollen mit außerökonomischem Zwang daran gehindert werden, ihre Kraft zu entfalten und ihre Lohnpolitik allein an den Interessen ihrer Mitglieder und aller Arbeiter und Angestellten zu orientieren. Im Bundestag nahm die CDU/CSU-Fraktion diesen Ball auf und ihr Sprecher Dr. Müller-Hermann verwies als Alternative zur Zügelung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen ausdrücklich darauf, „die Tarifhoheit der Tarifpartner einzuschränken oder gar aufzuheben.“ (Das Parlament, 20. 2. 1971, S. 4)

Was beabsichtigt ist, enthüllen die Professoren Wilhelm Krelle und Joachim Klaus, die dafür plädieren, statt einer unverbindlichen Zusammenkunft der konzertierten Aktion ein wirtschaftspolitisches Entscheidungsgremium mit verbindlichen Beschlüssen und Sanktionen zu schaffen. Krelle schwebt eine Art Lohnamt vor, das den Ecklohn in derselben Weise festsetzt wie die Bundesbank heute den Diskontsatz als Eckzinssatz.

Mit der Forderung nach einer Einschränkung oder gar Beseitigung der Tarifautonomie wird die Existenz der Gewerkschaften schlechthin infrage gestellt und es ist verwunderlich, daß die Gewerkschaften auf diese Unverschämtheit kaum reagieren. Dabei sollte sich niemand darüber im unklaren sein, daß es sich hier nicht um ein unverbindliches Geschwätz handelt, sondern um eine klare, nüch-

tern ausgearbeitete Strategie des Monopolkapitals.

Als erster Schritt wäre denkbar, daß die Gewerkschaften aus Protest ihre Vertreter aus der konzertierten Aktion zurückziehen. Ähnliche Aktionen wie 1955, als der DGB die Provokationen eines Herrn Reusch gegen ihre Mitbestimmungsforderung zurückwies und im Ruhrgebiet einen 24stündigen Streik ausrief, könnten dem Großkapital deutlich machen, welch ein heißes Eisen es da anfaßt. Die harte Sprache hat es allemal am besten verstanden. H. Sch.

Aggression

Wie in den vergangenen Jahren, verhandelt zur Zeit die Bundesregierung wieder mit den USA-Behörden um die Höhe der Devisenausgleichszahlung zur Abgeltung der Stationierungskosten für die US-Besatzungsarmee in der Bundesrepublik. Von 1961 bis 1969 betrugen die Kosten für die US-Besatzung für den Steuerzahler mehr als 20 Milliarden DM. Es bedarf nicht sehr viel Phantasie, um sich vorzustellen, was an notwendigen sozialen Reformen allein von diesem Geld hätte verwirklicht werden können. Nun aber soll es bei den bisherigen Kosten nicht bleiben; die finanziell so prekäre Lage des „reichsten Landes der Welt“ veranlaßt die US-Regierung, noch höhere Ausgleichszahlungen, und zwar zwischen 3,8 bis 4,5 Milliarden DM pro Jahr, zu verlangen.

Es gibt aber keinen Zweifel, daß der verbrecherische Krieg der US-Administration in Vietnam, der sich nach dem Willen amerikanischer Militärs nun über ganz Indochina ausgedehnt hat, die Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den USA ist. Die auch von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wieder so großzügig dargebotene Devisenhilfe ist darum nichts anderes als eine Beteiligung an einem grausamen Krieg, dem Zehntausende von Menschen in Indochina geopfert werden und der ausschließlich dem Machthunger US-amerikanischer Politiker und Militärs dient.

Es wäre darum ein Beispiel wirklicher Friedenspolitik, wenn die Bundesregierung sich weigern würde, die Kriegskasse der USA mit weiterer Devisenhilfe aufzufüllen. Wer es gut meint mit den Menschen in USA, die sich in Wort und Schrift gegen das grauenhafte Abenteuer in Vietnam wenden, der sollte damit aufhören, über den Umweg des Devisenausgleichs das Verbrechen in Vietnam finanziell zu unterstützen. - eg -

aggressive Außen- und reaktionäre Innenpolitik sehen.

Die Parteiführung der SPD muß mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie nicht das Verhängnisvolle ihrer antikomunistischen Politik erkennt. Dabei hat die jüngste Geschichte in Deutschland bewiesen, daß der Antikommunismus ein Klima schafft, in dem Neonazismus und Rechtsextremismus am besten gedeihen. Die sozialdemokratische Parteiführung mußte aus den bitteren Erfahrungen aus der Zeit der Nazidiktatur wissen, daß der Antikommunismus auf die Sozialdemokraten selbst zurückschlagen wird.

In einer Erklärung fordert der Parteivorstand der DKP die Mitglieder und Anhänger der SPD auf, sich nicht durch Antikommunismus gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der jungen Generation aufbringen zu lassen, sondern sich gemeinsam für die sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung, für demokratische Reformen, für Mitbestimmung, für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau einzusetzen und Front zu machen gegen die neonazistische NPD und die terroristische „Aktion Widerstand“. sr

Chemie-Tarifbewegung läuft

**Bonner Lohnleitlinien sollen durchbrochen werden
In Hessen Lohnforderung bis zu 15 Prozent**

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat in den drei größten Tarifbezirken der chemischen Industrie fristgerecht zum 31. März 1971 die Lohn- und Gehalts-tarifverträge gekündigt. In diesen Bezirken — Hessen, Nordrhein und Rheinland-Pfalz — sind rund 400 000 der etwa 650 000 Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie der Bundesrepublik beschäftigt. In den übrigen 12 Tarif-bezirken werden die Verträge zum 30. April bzw. 31. Mai gekündigt; im Saargebiet zum 31. Juli. Als erster Bezirk hatte bis Redaktionsschluß Hessen die Forderungen präsentiert: Erhöhung des Ecklohns der Arbeiter und der unteren Angestellten-Tarifgruppen um 120 DM, das sind zwischen 13 und 15 Prozent; Anhebung der höheren Angestellten-Tarife um 11 Prozent; Koppe-lung der Lehrlingsvergütungen an den Facharbeiterecklohn bis zur Höhe von 60 Prozent und tarifliche Absicherung eines 13. Monatseinkommens.

Diese Forderungen sind die Unter-grenze dessen, was die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben der chemischen Industrie angesichts des jahrelangen Booms in dieser Branche und der enormen Teuerungswelle, die sich 1971 verstärkt fortsetzt, erwarten. Es dürfte zu einer harten Konfronta-tion kommen, die von den Gewerk-schaften mit der notwendigen Ent-schlossenheit vorbereitet und durch-gestanden werden muß.

Die chemische Industrie hat in Vorbe-reitung der Tarifbewegung eine „Aktion Hilfeleistung im Arbeitskampf“ ins Leben gerufen, die im Streikfalle Lieferhilfen und andere Maßnahmen in die Wege leiten soll, um das Ein-lenken bestreikter Unternehmen und die Erfüllung gewerkschaftlicher For-derungen in diesem bezirklich ge-führten Lohnkampf zu verhindern oder doch zu erschweren. Damit ist die Konzeption der Chemiekonzerne, die auf Konfrontation lossteuern, gleich am Anfang deutlich geworden. „Auch wir werden uns auf eine harte Auseinandersetzung einstellen“, ver-sicherte uns auf Anfrage der Sprecher für Tariffragen beim Hauptvorstand der IG Chemie, Kollege Mettgen.

Die abweisende Haltung der Unter-nehmer wurde auch in der ersten Re-aktion auf die Forderungen in Hessen klar. Der dortige Unternehmerverband nannte die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten „be-stürzend“. Über die jahrelangen, weit über das Niveau der übrigen Indu-strie hinausgehenden „bestürzend“ hohen Profite schwiegte sich der Unter-nehmerverband aus. Während in der gesamten Industrie die durchschnitt-liche Lohnkostenbelastung je 100 DM Umsatz bei rund 26 DM im abgelaufe-nen Jahr lag, betrug sie in der che-mischen Industrie nur gut 20 DM. Der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Karl Hauenschild, erklärte Ende Februar in einem Zeitungsinter-view, die chemische Industrie liege nach wie vor gut im Rennen. Die Be-lebung der Kaufkraft durch Lohn- und Gehaltserhöhungen könne der Wirt-schaft gegenwärtig nur guttun.

Die Lohn- und Gehaltsforderung der IG Chemie in Hessen ist zugleich eine klare Absage an die Versuche der Bundesregierung, die Gewerkschaften mit Lohnleitlinien um 8 Prozent her-um festzulegen. Energisch muß in die-ser Tarifbewegung der Anspruch der Gewerkschaften demonstriert werden, die Lohn- und Gehaltspolitik eigen-verantwortlich zu gestalten. Es gilt die staatlichen Angriffe auf die Tarif-autonomie zurückzuweisen.

Die Unternehmer haben in der jün-gsten Sitzung der konzertierten Aktion in dem Auftreten des Wirtschafts-ministers Schiller, des Finanzministers Möller, des Bundesbankpräsidenten Klusen und des Vorsitzenden des Sachverständigenrates, Prof. Kloten, die alle gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik zu Felde zogen (Kloten verlangte sogar einen Lohnstopp) eine kaum noch zu überbietende staatliche Unterstützung erfahren. Das darf die Gewerkschaften nicht zum Kurztreten in der Tarifpolitik bewegen, vielmehr sollten sie den Vorgang als das nehmen, was er ist: als Demonstration der Interessenverquickung zwischen sozialdemokratischen Spitzenpoliti-kern und den Vertretern des Mono-polkapitals.

Die Mitglieder der IG Chemie-Papier-Keramik und die Arbeiter und Ange-stellten in der chemischen Industrie können mit einer konsequent geführ-ten Tarifbewegung, die — wenn nö-tig — auch den Streikkampf nicht aus-schließt, ihre berechtigten Interessen und Forderungen durchsetzen. Die Mo-nopole und ihre Aktionäre in der chemischen Industrie, aber auch die übrigen Unternehmer, die Jahr für Jahr riesenhafte Profite in Produk-tionsvermögen umwandeln, können zahlen — sie wollen es nur nicht frei-willig tun. Die Chemie-Gewerkschaf-ter haben in diesem Lohnkampf die Sympathie der übrigen Gewerkschaf-ter, Arbeiter und Angestellten in der gesamten Wirtschaft, denn ihr Erfolg bereitet auch allen anderen den Weg.

G. S.

Chemie: Schritt zur betriebsnahen Tarifpolitik

Ihrem Ziel, die Tarifpolitik betriebs-näher zu gestalten, ist die IG Chemie-Papier-Keramik einen Schritt näher gekommen. Am 1. März 1971 wurde in einem Schlichtungsverfahren über die Gestaltung der Manteltarifver-träge für die Arbeiter und Angestell-ten der chemischen Industrie in Wies-baden entschieden, die allgemeinen Lohn- und Gehaltsregelungen für beide Beschäftigtengruppen aus den jeweiligen Manteltarifverträgen her-auszunehmen. Diese Regelungen sol-len bis zum 31. Dezember 1971 in den einzelnen regionalen Tarifbereichen neu verhandelt werden. Sie gelten also nicht mehr bundeseinheitlich, sondern sollen den unterschiedlichen industriellen und strukturellen Ge-sichtspunkten der jeweiligen Tarif-bereiche angepaßt werden.

Nach Herauslösung der allgemeinen Lohn- und Gehaltsregelungen wurden die bisher getrennten Manteltarifver-träge für Arbeiter und Angestellte in einen gemeinsamen Vertrag umge-wandelt, der in dieser Form ab 1. Ja-nuar 1971 rückwirkend in Kraft trat.

Endlich Wiedergutmachung für Nazi-Verfolgte

Seit Jahren warten die Verfolgten des Naziregimes auf ein Gesetz zur Wie-dergutmachung ihrer durch die Ver-folgung erlittenen Schäden in der So-zialversicherung. Vor kurzem hat die Bundesregierung dem Bundestag einen Gesetzentwurf zur „Wiedergutma-chung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung“ zur Ent-scheidung vorgelegt. Dieses Gesetz wurde schon 1953 angekündigt und seit 1960 lag der Bundesregierung ein einstimmig gefaßter Beschluß des Bundestages vor, ein solches Gesetz vor-zubereiten. Der Regierungsentwurf entspricht allerdings nicht den Erwar-tungen der Verfolgten und mißachtet teilweise internationale Verpflichtun-gen, die die Bundesrepublik eingegan-gen ist. Zudem diskriminiert der Ent-wurf die Verfolgten insofern, als er sie im Vergleich zu Nutznießern und Förderern des Naziregimes erheblich schlechter stellt.

Mit der Verabschiedung dieses Ge-setzes muß ein schwerwiegendes Ver-säumnis früherer Bundesregierungen und Bundestage aufgehoben werden. Für viele Tausende Verfolgte des NS-Regimes, deren Leidensweg 1933 be-gann, kommt das Gesetz in jedem Fall schon zu spät. Es wäre verantwort-ungslos, die wenigen noch Über-lebenden länger auf ihre berechnete Wiedergutmachung in der Sozialver-sicherung warten zu lassen.

- le

Paukensschlag

Die jüngste Gesprächsrunde der konzertierten Aktion am 4. März in Bonn hat hoffentlich auch dem letzten der anwesenden Gewerkschaftsfunktionäre die Augen geöffnet und die Illusionen von einer irgendwie gearteten Mitbestimmung der Gewerkschaften bei der staatlichen Wirtschaftspolitik verscheut. Noch nie zuvor sind sozialdemokratische Politiker (Schiller, Möller, Klasen) in einem solchen Kreis so massiv und zynisch über die Gewerkschaftsvertreter hergefallen.

Minister Schiller suchte der gewerkschaftlichen Tarifpolitik die Schuld für die derzeit wieder hektischen Preissteigerungen und damit für die Funktionsweise der kapitalistischen Profitwirtschaft anzulasten. Als ob nicht bürgerliche Ökonomen und Politiker schon seit vielen Jahrzehnten jedes Jahr aufs neue nach Sündenböcken für den systembedingten Trend zur Inflation suchten! Die Preise bestimmen die Unternehmer, die bestrebt sind, die Profitspanne ständig zu vergrößern.

Wie wenig Lohn- und Gehaltserhöhungen in Wirklichkeit Einfluß auf die Preisentwicklung haben, offenbarten die regierungsamtlichen Experten in der Gesprächsrunde ungewollt selber. Schiller drohte, wenn die Löhne weiterhin um mehr als 10 Prozent steigen würden, dann sei 1971 mit einer Verteuerung der Lebenshaltung um 4 Prozent zu rechnen. Dagegen würden die Lebenshaltungskosten um 3 Prozent anziehen, wenn — wie von der Regierung geplant — die Einkommen der Arbeiter und Angestellten entsprechend der Leitlinie zwischen 7 und 8 Prozent steigen. Der Leiter des Sachverständigenrates, Prof. Kloten, wartete mit einer noch kühneren Rechnung auf, wonach der Preissteigerungssatz von 3 Prozent nur noch zu halten ist, wenn ab sofort für den Rest des Jahres überhaupt keine Lohn- und Gehaltserhöhungen mehr stattfinden. So groß ist also die Spanne: von 0 bis über 10 Prozent, von der es nach Expertenmeinung abhängt, ob die Teuerung 3 oder 4 Prozent betragen wird.

Da richten sich die Gewerkschafter lieber nach ihrer Erfahrung: Die Preise steigen unabhängig von dem Ausmaß der Lohnerhöhungen in dem von den Unternehmern vorgefaßten Umfang. Darum sind Tarifforderungen von 15 Prozent völlig gerechtfertigt. Regierung und Unternehmer, die gerade in diesen Wochen erst eine neue Welle der Teuerung ins Land rollen ließen, haben es nötig, nach Schuldigen für die kapitalistische Misere Ausschau zu halten. Für die Gewerkschaften kann es darum nur dies geben: Raus aus der konzertierten Aktion! Sb.

IG Bau auf Schiller-Kurs

„Lautlose Lohnpolitik“ brachte nur 7,9 Prozent Untaugliche Praktiken des Hauptvorstandes

Mit der Vereinbarung einer Anhebung der Löhne und Gehälter um nur 7,9 Prozent für die rund 1,3 Millionen Beschäftigten im Bauhauptgewerbe hat die IG Bau-Steine-Erden das dürfteste Ergebnis einer Lohnbewegung seit vielen Monaten vorzuweisen. Indessen kann im Falle der IG Bau von einer „Lohnbewegung“ nicht gesprochen werden. Am 3. März stimmten Hauptvorstand und Große Tariffkommission in Verhandlungen mit dem Unternehmerverband der Anhebung der Löhne und Gehälter um den genannten Prozentsatz zu, obgleich die Tarifverträge erst am 30. April auslaufen und nicht die geringsten Bemühungen unternommen worden waren, durch Einschaltung der Gewerkschaftsmitglieder ein höheres Ergebnis zu erzielen.

Mit dem Satz von 7,9 Prozent bewegt sich die IG Bau-Steine-Erden, der von ihrem früheren Vorsitzenden Georg Leber eingeführten Praktik der „lautlosen Lohnpolitik“ folgend, genau auf der von Minister Schiller im Namen der Bundesregierung ausgegebenen Orientierungsziffer, die nicht überschritten werden soll, um nicht die Profitmargen der Unternehmer zu

fährlicher Weise die Tarifautonomie aufs Spiel gesetzt, ein Vorgang, der die scharfe Kritik der übrigen DGB-Gewerkschaften herausfordern sollte. Es läuft schließlich auf ein und denselben Effekt hinaus, ob der Staat gewaltsam in die Tarifautonomie einbricht oder ob diese durch defensives Befolgen der auf die Unternehmerinteressen ausgerichteten staatlichen Lohnleitlinien untergraben wird. Offenkundig ist es an der Zeit, daß sich eine der nächsten Sitzungen des DGB-Bundesausschusses mit den Praktiken des Hauptvorstandes der IG Bau-Steine-Erden beschäftigt.

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

schmälern. Mit diesem Abschluß ist der Hauptvorstand der IG Bau-Steine-Erden den übrigen DGB-Gewerkschaften buchstäblich in den Rücken gefallen, da diese bemüht sind, eindeutig höhere, durch die Wirtschaftsentwicklung gerechtfertigte Steigerungssätze zu vereinbaren.

Offensichtlich halten die Funktionäre um Rudolf Sperner nicht viel von der Solidarität, zu der sie durch die Mitgliedschaft der IG Bau-Steine-Erden im DGB verpflichtet sind. Der Tarifabschluß in der Bauindustrie darf darum keinen Einfluß auf die Tarifbewegung der übrigen Gewerkschaften haben, zumal die DGB-Zielformel für 1971 eine Erhöhung der Nettolöhne um 11,4 Prozent vorsieht, was die Durchsetzung von mindestens 15 Prozent erforderlich macht.

Auch die mit dem Lohnabschluß erfolgte Verständigung über Grundsätze eines neuen Manteltarifvertrages für die Bauwirtschaft und die Zahlung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes in Höhe von 20 Prozent des normalen Urlaubsgeldes können den Eindruck der freiwilligen Befolgung staatlich gewünschter Tarifpolitik nicht verwischen. Der Hauptvorstand der IG Bau-Steine-Erden hat damit in ge-

Das gilt auch für die Art und Weise des Zustandekommens von Lohn- und Gehaltsabschlüssen. Zwar gibt es eine Große Tariffkommission, aber im allgemeinen hat sie zu tun, was der Hauptvorstand will. Eine demokratische Entwicklung der Lohn- und Gehaltsforderungen auf den Baustellen, in den Zahlstellen und anderen gewerkschaftlichen Organen ist in der IG Bau-Steine-Erden nicht die Regel. Der Hauptvorstand wünscht kein „demokratisches Gefummel auf der unteren Ebene“, wie Sperner das im Zusammenhang mit der Diskussion um eine neue DGB-Satzung einmal ausdrückte. Für die IG Bau-Steine-Erden trifft in der Praxis der „Tarifbewegung“ genau zu, was eine gehässige Unternehmerpropaganda generell von den Gewerkschaften behauptet: Die Mitglieder sind bei der Entwicklung und Verwirklichung der Forderungen ausgeschaltet; sie werden von wenigen Funktionären am grünen Tisch formuliert.

Auch damit — Baugewerkschafter haben den Ausdruck „lautlose Lohnpolitik“ geprägt — sollte jetzt endlich Schluß gemacht werden. Die Mitglieder und Funktionäre der IG Bau-Steine-Erden sollten künftig nicht mehr dulden, daß einige Manager die Gewerkschaft „verwalten“ wie einen Versicherungsverein und mit ihren Praktiken die Tätigkeit und den guten Namen der Gewerkschaftsbewegung überhaupt in Verruf bringen. Auch in der IG Bau-Steine-Erden muß künftig eine Tarifbewegung auf demokratische Weise entwickelt und durchgeführt werden. Sb.

Prozenttarif für Lehrlinge!

Gute Forderung der IG Druck mit kläglichem Ende Kritik der Lehrlinge an der letzten Tarifbewegung

An der jüngsten Tarifbewegung der IG Druck und Papier im Bereich der Druckindustrie ist von Mitgliedern dieser Gewerkschaft viel Kritik geübt worden (vgl. NACHRICHTEN Nr. 2/71). Insbesondere kritisieren die Gewerkschafter ihre mangelnde Einbeziehung in die Lohnbewegung durch den Hauptvorstand und den plötzlichen Abschluß bei 9 Prozent, obwohl zuvor 8,5 Prozent in Übereinstimmung mit den Mitgliedern energisch zurückgewiesen wurden. Die Kollegen fragen vor allem, wer bei der gewerkschaftlichen Verhandlungskommission so massiv interveniert hat — und tippen auf Minister Schiller. Aber noch ein weiterer Aspekt, der ganz besonders die Gewerkschaftsjugend, Lehrlinge und Jungarbeiter der graphischen Industrie bewegt, spielte in dieser Lohnrunde eine Rolle. Ein junger Funktionär der IG Druck und Papier und Leser der NACHRICHTEN macht in folgenden Zeilen darauf aufmerksam:

Eine der wesentlichsten Forderungen in der diesjährigen Tarifbewegung war die Forderung nach dem Prozenttarif für Lehrlinge, d. h. die Vergütungen Auszubildender sollten in Prozentwerten des Wochenackellohnes des Gehilfen ausgewiesen werden, nämlich 25 Prozent im 1. Ausbildungsjahr, 50 Prozent im 2. und 75 Prozent im 3. Jahr. Diese Forderung wurde von vielen jungen Gewerkschaftern begrüßt. Ist sie doch von grundsätzlicher Bedeutung.

Der Prozenttarif für Lehrlinge bedeutet, daß der Lohnkampf für Lehrlinge und ältere Kollegen nicht mehr getrennt wird. Alle haben ein gemeinsames Interesse an einem gemeinsamen Erfolg in der Tarifbewegung. Mit jeder Erhöhung des Ecklohns steigen auch die Lehrlingsvergütungen um den gleichen Prozentsatz.

Das Berufsbildungsgesetz spricht von „angemessenen“ Vergütungen für Lehrlinge. „Angemessen“ kann nur bedeuten, daß mit dem Entgelt der Lebensunterhalt bestritten werden kann. Daß das mit den jetzigen Vergütungen kaum der Fall ist, liegt auf der Hand. Da die Ansprüche mit steigendem Alter bei Jugendlichen ebenfalls steigen, ist die Forderung nach dem Prozenttarif mit steigenden Prozentsätzen eigentlich sehr vernünftig.

Wer diese Forderung für illusorisch hält, sei darauf verwiesen, daß es in der Mühlenindustrie von Nordrhein-Westfalen bereits gelungen ist, einen Tarifvertrag abzuschließen, der für Lehrlinge im 1. Ausbildungsjahr 45 Prozent = 462 DM, im 2. Jahr 54 Prozent = 554 DM und im 3. Jahr 63 Prozent = 646 DM monatlich vorsieht. Die Berechnungsgrundlage ist dabei die Lohngruppe A von 17 bis 19 Jahren.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Prozenttarifs und der Schaffung eines weiteren guten Beispiels wäre die konsequente Vertretung dieser Forderung in der Druckindustrie für die ganze Jugendtarifbewegung äußerst wichtig gewesen. Doch gleich in den

ersten Verhandlungen ging der Tarifkommission der IG Druck und Papier die Puste aus.

Als während der Tarifverhandlungen der Hauptvorstand über den Stand der Verhandlungen informierte, waren auf den Flugblättern keine konkreten Zahlen mehr zu den Ausbildungsvergütungen genannt. Es war nur noch von „Verbesserungen bei den Ausbildungsvergütungen“ die Rede. Als

dann das Endergebnis vorlag, sah es so aus: 255 DM im 1. Jahr, 300 DM im 2., 385 DM im 3. und 455 DM im 4. Jahr. Sicherlich ist das ein Fortschritt. Die bisherigen drei Altersstufen sind weggefallen, und die Erhöhungen sind ganz beträchtlich, im Durchschnitt beim Vergleich mit der bisher niedrigsten Stufe ca. 70 Prozent.

Trotzdem: den Prozenttarif haben wir nicht. Bei Verwirklichung der ursprünglichen Forderung hätte es so ausgesehen: 25 Prozent des Facharbeiterecklohns = 255 DM im 1. Lehrjahr, 50 Prozent = 510 DM im 2. und 75 Prozent = 765 DM im 3. Jahr. So hat sich die IG Druck und Papier, die sonst ja bei den Tarifen immer ziemlich weit vorn steht, diese Position bei den Ausbildungsvergütungen selbst genommen. Es wird Aufgabe der jungen Gewerkschafter sein, in Vorbereitung der nächsten Tarifbewegung die Forderung nach dem Prozenttarif unter ihren Kollegen bekanntzumachen, um sie dann durchsetzen zu können. Auch in den Bereichen, in denen jetzt eine Tarifbewegung ansteht, wie z. B. im Bergbau, sollte die Forderung nach dem Prozenttarif für Auszubildende aufgegriffen werden.

Wolfgang Bartels, Oberhausen
(Gewerkschaftsjugendgruppenleiter)

Banken: Tarifloser Zustand

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat die Verhandlungen über den Abschluß neuer Tarifverträge für die 250 000 Angestellten der Banken und die 185 000 Angestellten der Versicherungen für gescheitert erklärt. Die Unternehmerverbände beider Branchen hatten sich in den Gesprächen Anfang März nicht bereit gefunden, auf die gewerkschaftlichen Forderungen einzugehen.

Die HBV-Gewerkschaft fordert für die Bankangestellten die Vorweganhebung um 9 Prozent. Für die Versicherungsangestellten werden 60 DM und 9,5 Prozent verlangt. Dieser Forderung gingen jeweils einstimmige Entscheidungen der zuständigen Großen Tarifkommission voraus, die auf Grund von Befragungen unter den Beschäftigten beider Branchen die entsprechenden Beschlüsse faßte. Außer der Gehaltsforderung verlangt die Gewerkschaft die Anhebung der Sparförderung von augenblicklich 13 auf 26 DM monatlich, die tarifliche Absicherung von Gratifikationen und Urlaubsgeld, die Verwirklichung der 40-Stunden-Woche, die Nichtanrechnung der Samstage auf den Urlaub ab 1971 und die Einführung eines tariflichen Bildungsurlaubs.

Im Bankwesen ist der Tarifvertrag am 28. Februar 1971 abgelaufen, so

daß der tariflose Zustand eingetreten ist und die Gewerkschaft alle Mittel des Kampfes anwenden kann. Im Versicherungswesen laufen die Verträge am 31. März ab. Auch hier wird es schon jetzt notwendig sein, sich auf den Konfliktfall einzustellen und die ganze Kraft der Organisation in die Waagschale der Auseinandersetzung zu werfen. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV ist von der Großen Tarifkommission der Fachgruppe Banken bereits aufgefordert worden, alle gewerkschaftlichen Mittel einzusetzen und die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um die begründeten Forderungen der Bankangestellten nach leistungsgerechten Gehältern und mehr rechtlicher und sozialer Sicherheit durchzusetzen.

Die Bosse der profitstarken Banken und Versicherungen haben, der „Lohnleitlinie“ der Unternehmerverbände und Prof. Schillers entsprechend, nur 7 Prozent „Gesamtbelastung“ angeboten, was einer direkten Erhöhung der Gehälter bestenfalls im Ausmaß der Preissteigerungen gleichkommen würde. Den Profitzuwachs gedenken sie allein einzustecken. Die Angestellten der Banken und Versicherungen sollten sich in weit stärkerem Maße als bisher der Gewerkschaft HBV anschließen, um ihre Forderungen mit größerem Nachdruck und mehr Erfolg zu vertreten.

- ki -

Unternehmer können zahlen

Ende der 60er Jahre kräftiger Anstieg der Dividenden Die größten Unternehmen mit der stärksten Profitsteigerung

Die Dividenden der Aktiengesellschaften in der Bundesrepublik entsprechen zwar den in den Bilanzen ausgewiesenen Gewinnen, die ausgewiesenen Gewinne aber nicht den wirklichen Profiten. Sie stellen nur einen meist sehr kleinen Teil der Profite dar; der weitaus größere wird für die Erweiterung des Anlagekapitals, für Rücklagen und Rückstellungen, verwendet.

Die größeren Aktiengesellschaften haben gewöhnlich zahlreiche Aktionäre mit geringem Aktienbesitz. Durch die große Streuung des Aktienkapitals kontrollieren wenige Großaktionäre mit relativ geringem Anteil am Aktienkapital die betreffenden Kapitalgesellschaften. Diese Aktionärsminorität ist mit dem Management daran interessiert, einen möglichst großen Teil des Profites im Unternehmen zu belassen. Trotzdem läßt die Dividende gewisse Rückschlüsse auf die Höhe der Profite zu, und wenn die Dividende überdurchschnittlich steigt, ist anzunehmen, daß sich auch der Profit entsprechend erhöht hat. Deshalb ist die kürzlich vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichte Statistik der in den Jahren 1967, 1968 und 1969 von den Aktiengesellschaften ausgeschütteten Dividende sehr aufschlußreich.

Ohne die Aktiengesellschaften, die einen Gewinnabführungsvertrag mit ihren Muttergesellschaften abgeschlossen haben (Organgesellschaften), und die gemeinnützigen Gesellschaften wurden 1764 Aktiengesellschaften von der Statistik erfaßt. Von ihnen schütteten im Jahre 1969 30,3 Prozent keine Dividende aus. Diese Aktiengesellschaften verfügten aber nur über 13,5 Prozent des gesamten Aktienkapitals mit einem durchschnittlichen Aktienkapital von 10 Millionen Mark, d. h. es waren im wesentlichen kleinere Kapitalgesellschaften.

Demgegenüber betrug das Aktienkapital jener Gesellschaften, die Dividenden verteilt haben, durchschnittlich 30 Millionen Mark, also das Dreifache. Insgesamt wurden knapp 6 Milliarden DM Dividende ausgeschüttet, eine Summe, die um 24,6 Prozent höher lag als 1968 und um 40 Prozent höher als 1967. Allein 386 Aktiengesellschaften, d. h. 31 Prozent aller von der Statistik erfaßten AG, verfügten über die Hälfte des gesamten Aktienkapitals (49,5 Prozent), und dieses knappe Drittel verteilte fast 4 Milliarden DM Dividende, das sind 67,7 Prozent der gesamten Dividendensumme.

In der Statistik wurden Aktiengesellschaften aus rund 40 Wirtschaftszweigen untersucht. Auf meisten stiegen die Dividenden einiger Zweige der Metallindustrie, verglichen mit dem Vorjahr, und an erster Stelle stehen hier der Straßen- und Luftfahrzeugbau. Die Dividendensumme der nur

11 Gesellschaften dieses Zweiges erhöhte sich von rund 438 auf etwa 976 Mill. DM, oder um 122,7 Prozent.

Bei der im Besitz des amerikanischen Ford-Konzerns befindlichen Ford-Werke-AG stieg der in der Bilanz ausgewiesene Gewinn von 37,5 auf 234 Millionen DM, das sind 524 Prozent. Der zur Ausschüttung als Dividende vorgesehene Gewinn, der fast ausschließlich in die USA transferiert wird, entspricht einem Dividendensatz von 195 Prozent. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der zur General Motors gehörenden Adam Opel AG. Hier erhöhte sich 1969 der Gewinn im Verhältnis zu 1968 zwar „nur“ von 330 auf 419 Millionen DM oder um 27 Prozent — die Dividendensumme aber stieg von 125 auf 356 Millionen DM oder um 185 Prozent

An zweiter Stelle bezüglich der Dividendenerhöhung steht die feinmechanische, optische und Uhrenindustrie. Sie konnte ihre Dividendensumme von 12,2 auf 24,7 Millionen DM steigern, das sind mehr als 102 Prozent. Hier, wie in der Automobilindustrie, spielen wachsende Rüstungsaufträge eine besondere Rolle; an ihnen wird erfahrungsgemäß am meisten verdient.

Auch die Eisen- und Stahlindustrie profitierte in besonderem Maße an Rüstungsaufträgen. Hier stieg die Dividendensumme um fast 47 Prozent von rund 254 auf 273 Millionen DM. Die Aktiengesellschaften der Textilindustrie, wie auch des Maschinenbaus, konnten die Summe der Dividenden immerhin um 42,4 bzw. 22 Prozent erhöhen. Um 24 Prozent konnten auch die Kreditinstitute ihre Dividendensumme erhöhen.

Das Statistische Bundesamt sah sich zu der Feststellung gezwungen, daß die „Gewinnausschüttungen großer Unternehmen“ weitgehend die Durchschnittsdividende beeinflussen. In dem Begleittext der Statistik (veröffentlicht in Wirtschaft und Statistik, Heft 9/70) heißt es: „So entfielen 1969 allein 60,9 Prozent der Dividendensumme und 55,8 Prozent des Stammkapitals auf die 50 größten Gesellschaften, die im Rahmen dieser Statistik erfaßt wurden.“ Das heißt, die Gewinnexplosion vollzog sich vor allem bei den Großunternehmen.

Aus den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes wird deutlich,

daß die Dividenden und zweifellos auch die Profite vor allem in den metallherstellenden und verarbeitenden Industrien, stark angestiegen sind. In diesen Branchen aber wurde der letzte Lohnkampf mit besonderer Schärfe geführt. Angesichts der veröffentlichten Zahlen muß man die den Gewerkschaften gemachten Vorwürfe, ihre Lohnforderungen gefährden die wirtschaftliche Stabilität, als reinen Zynismus bezeichnen.

Bisher hat noch niemals eine Regierung die Unternehmer aufgefordert, zur Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität größere Zurückhaltung in ihrer Profitpolitik zu üben. Die Arbeiter und Angestellten sind jedenfalls gut beraten, wenn sie sich in der gegenwärtigen Situation nichts von ihren nur zu berechtigten Lohnforderungen abhandeln lassen: Die Unternehmer können zahlen! S. K.

Tarifikündigungen in der Textilindustrie

Hauptvorstand und Beirat der Gewerkschaft Textil - Bekleidung haben die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie fristgemäß zum 30. April gekündigt. Die Gewerkschaft fordert die Erhöhung der Löhne um 52 Pfennig pro Stunde, das sind 10,5 Prozent. Um diesen Satz sollen auch die Gehälter der Angestellten erhöht werden. Daneben fordert die Gewerkschaft Sparleistungen nach dem 624-DM-Gesetz und die Nichtanrechnung der Samstage als Urlaubstage.

Außerdem ist es Ziel dieser Tarifbewegung, die Effektivlöhne besser abzusichern. Den Bezirken ist es freigestellt, ob sie die Absicherung durch Vorweganhebung der Tariflöhne, durch Umgruppierung oder Höhereinstufung, durch Vereinbarung neuer Lohn-, Gehalts- oder Tätigkeitskataloge oder aber durch Einführung und Ausbau von Zeitlohnzulagen anstreben wollen.

Angesichts des enormen Lohnrückstandes in der Textil- und Bekleidungsindustrie ist die Forderung in Höhe von 10,5 Prozent unvertretbar dürftig. Während der Durchschnittslohn in der Gesamtindustrie im Oktober 1970 bei 6,35 DM lag, beliefen sich die Durchschnittslöhne in der Textilindustrie auf 5,19 DM und in der Bekleidungsindustrie sogar nur auf 4,72 DM. Darum sollten die Textilarbeiter der prozentualen Forderung zunächst die Zahlung eines Sockelbetrages von etwa 50 DM vorschlagen, worauf dann die geforderten 10,5 Prozent zu gewähren sind. Mit der vom Hauptvorstand und Beirat formulierten Forderung geraten die Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsindustrie noch weiter in den Rückstand.

Lohnkürzung mit Steuerpolitik

Der Griff in die Taschen des kleinen Mannes Finanzielle Belastungen wie nie zuvor

Es vergeht kaum ein Tag, an dem der Bundesfinanzminister oder der Bundeskanzler den Großkapitalisten nicht unterwürfig versichern, daß an eine Erhöhung der Steuerbelastung für sie nicht gedacht sei. In der Bundestagsdebatte über das Jahresgutachten des Sachverständigenrates und den Jahreswirtschaftsbericht, Anfang Februar, erklärte der Sprecher der SPD-Fraktion, Junghans, daß die marktwirtschaftliche Ordnung, d.h. das spätkapitalistische Wirtschaftssystem „für uns unantastbar“ ist. Beschwörend wandte sich in derselben Debatte Bundeskanzler Brandt an „die Wirtschaft“, d.h. das Großkapital, „um der Befürchtung entgegenzutreten, daß unzumutbare Belastungen auf sie zukommen könnten. Davon kann keine Rede sein.“

Eine wütende Kampagne wird indes gegen die Jungsozialisten gestartet, weil sie der Meinung sind, daß der oberste Grundsatz für die anstehende Steuerreform sein müsse, den privaten Investoren, d.h. den Kapitalisten finanzielle Mittel zu entziehen, um eine stärkere Ausdehnung der Staatsausgaben zu ermöglichen. Aus diesem Grunde fordern sie, Einkommen ab 200 000 DM jährlich mit einem Spitzensteuersatz von 80 Prozent zu belegen.

Eilfertig erklärte Finanzminister Möller, daß dies für ihn „konfiskatorische Steuern“ seien, die nicht infrage kämen. Zugleich spricht die Bundesregierung davon, daß die Finanzierung der „Gemeinschaftsaufgaben“ höherer Steuereinnahmen bedürfe und die Steuerlastquote des Jahres 1969 wieder erreicht werden müsse (24,1 Prozent des Bruttosozialprodukts). Wer aber soll denn diese erhöhten Steuern zahlen, wenn die Großen nicht zur Kasse gebeten werden?

Die Bundesregierung hüllt sich noch in Schweigen. Aber die großbürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften sagen mit aller Offenheit, wohin die Reise gehen soll. In der „Frankfurter Allgemeinen“ (25. 2.) heißt es, daß „Steuererhöhungen unvermeidbar“ seien. „Darüber war man sich im Finanzkabinett auch einig, nur wagte das bisher niemand auszusprechen.“ Die „Wirtschaftswoche“ (26. 2.) schreibt, daß die von der Regierung geplanten Milliardenausgaben „nur über eine höhere Besteuerung des Massenverbrauchs“ aufgebracht werden können, d.h. auf Kosten „eines spürbaren Konsumzichts“ breiter Bevölkerungsschichten, vor allem der Arbeiterklasse.

1970 mußten die Arbeiter, Angestellten und Beamten 35,1 Mrd. DM Lohnsteuer entrichten, das sind genau 8 Mrd. DM oder 29,7 Prozent mehr als im Jahre 1969. Bundesfinanzminister Möller, der die Reichen und Superreichen vor „konfiskatorischen Steuern“ bewahren will, hat nicht die geringsten Skrupel, der arbeitenden Bevölkerung nicht nur mit einer, sondern mit beiden Händen in die Tasche zu greifen und einen immer größeren Teil

des hart erarbeiteten Lohns zu konfiszieren. Heute müssen im Durchschnitt bereits für jedes Prozent Lohnerhöhung um zwei Prozent höhere Lohnsteuern bezahlt werden.

Dieses Anschwellen der Lohnsteuer ist nicht auf das vergangene Jahr beschränkt. 1966 betrug die Lohnsteuer 19,1 Mrd. DM und hat sich bis 1970 fast verdoppelt. Eine völlig entgegengesetzte Entwicklung nahm die von den Unternehmern zu zahlende veranlagte Einkommensteuer. Sie verminderte sich im letzten Jahr um 1 Mrd. D-Mark oder um 5,8 Prozent und die Körperschaftsteuer sogar um 2,2 Mrd. D-Mark oder um 20 Prozent. Die veranlagte Einkommensteuer betrug 1966 16,1 Mrd. DM und 1970 16,0 Mrd. DM. Die entsprechenden Vergleichszahlen für die Körperschaftsteuer betragen für 1966 7,7 Mrd. DM und für 1970 8,7 Mrd. DM.

Noch drastischer wird diese asymmetrische Entwicklung, wenn wir die Steuerlastquoten der letzten 20 Jahre betrachten. 1952 war die Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen mit 10,9 Prozent beteiligt, die veranlagte Einkommensteuer mit 12,0 Prozent und die Körperschaftsteuer mit 8,6 Prozent. 1971 soll der Anteil der Lohnsteuer am Gesamteueraufkommen 24,8 Prozent erreichen, die veranlagte Einkommensteuer 10,2 Prozent und die Körperschaftsteuer 4,9 Prozent.

Aber nicht genug damit, daß die breiten Massen den Hauptanteil der direkten Steuern tragen, auch bei den indirekten Steuern, der Mehrwertsteuer und den Verbrauchssteuern, werden vor allem die Familien der Arbeiter, Angestellten und Beamten betroffen. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer erreichte 1970 38,1 Mrd. DM, die Mineralölsteuer 11,5 Mrd. DM, die Tabaksteuer 6,6 Mrd. DM, die Branntweinsteuer 2,2 Mrd. DM und die Kaffeesteuer 1,1 Mrd. DM, um nur einige zu nennen.

Schon ist die Rede davon, daß bis 1974 die Mehrwertsteuer von 11 auf 15 Pro-

zent angehoben werden soll. Die Mineralölsteuer soll vorerst von 35 auf 40 Pfennig pro Liter erhöht werden, was zu einer weiteren beträchtlichen Erhöhung der Benzinpreise auf dem monopolistisch beherrschten Markt führen wird. Wenn man die steigenden Versicherungsprämien und Reparaturkosten berücksichtigt, so wird das Autofahren für den kleinen Mann immer mehr zu einem Luxus. Für die Fahrt zur Arbeit darf er nur ganze 36 Pfennig von der Steuer absetzen; dadurch wird nur ein Bruchteil der effektiven Kosten abgegolten, während die Bosse alle Kosten ihrer schweren Wagen bis auf den letzten Pfennig absetzen dürfen. Aber selbst die bescheidene Forderung der Gewerkschaften, die Kilometergeldpauschale auf den früheren Betrag von 50 Pfennig anzuheben, wird von der Bundesregierung strikt abgelehnt.

Damit nicht genug. Nun soll in der EWG die Tabaksteuer ab 1. Juli 1971 „harmonisiert“ werden, was im Sprachgebrauch dieser Monopolvereinigung immer bedeutet, daß sie erhöht wird. Am 1. März schnellen die Bahntarife in die Höhe und die Post hat die größte Gebührenerhöhung seit der Inflation im Jahre 1922/23 angekündigt bzw. zum Teil schon durchgeführt.

Eine weitere Methode indirekter Steuererhöhungen besteht darin, daß vorgesehene Ausgaben gestrichen werden. So hat der Kabinettsausschuß für mehrjährige Finanzplanung der Bundesregierung am 17. 2. empfohlen, bis 1975 Streichungen im Haushalt vorzunehmen, nicht etwa bei den Rüstungskosten, sondern bei der geplanten Verbesserung der Kriegsopferversorgung, bei den Zuschüssen für die Krankenhausfinanzierung und beim Mutterschutz. Im Gespräch ist auch eine weitere Senkung der Regierungszuschüsse zur Rentenversicherung.

Die Steuerpolitik, und diese ist nur der finanzielle Ausdruck der tatsächlichen Politik, beweist, daß diese Regierung eine Politik verfolgt, die einseitig die Interessen des Großkapitals begünstigt. Dabei darf nicht verschwiegen werden, daß die CDU/CSU nicht nur für eine maßlose Erhöhung der Rüstungsausgaben, sondern ganz prononciert für eine höhere Steuerlastquote eintritt.

Das Gerede von der Vermögensbildung soll verschleiern, daß den Arbeitern, Angestellten und Beamten über Sparprämien und andere steuerliche Vergünstigungen zwar eine Mark gegeben wird, ihnen aber zur gleichen Zeit durch höhere Steuern zehn Mark abgenommen werden. Die erste Antwort der Arbeiter und Angestellten kann nur darin bestehen, bei den künftigen Lohnauseinandersetzungen die zusätzlichen Steuerbelastungen in ihre Rechnung mit einzubeziehen.

Dr. Heinz Schäfer

Satzungsanträge vorgelegt

DGB Hessen verlangt Verbesserung des Kommissionsentwurfs Diskussion zum außerordentlichen Bundeskongreß fortsetzen

Am 6. März war der Termin für die Einreichung von Anträgen zum Entwurf der DGB-Satzungskommission abgelaufen. Nach Auskunft der Pressestelle des DGB-Bundesvorstandes soll die Kommission Mitte März zusammenkommen und zu den Anträgen Stellung nehmen. Die schon jetzt bekanntgewordenen Anträge vom DGB-Landesbezirk Hessen, dem Beirat der IG Chemie-Papier-Keramik und vieler DGB-Kreise widerspiegeln eine große Unzufriedenheit der Mitgliedschaft mit dem verbesserungswürdigen Kommissionsentwurf. Nachstehend möchten wir unsere Leser mit einigen der Anträge des DGB-Landesbezirks Hessen bekanntmachen.

Von den 36 Anträgen aus Hessen beschäftigen sich allein acht mit dem Paragraphen 2 der Satzung, welcher Zweck, Aufbau und Aufgaben des Bundes zum Inhalt hat. Wie der NACHRICHTEN-Sonderdruck zur neuen DGB-Satzung, verlangt auch der Landesbezirk Hessen statt „Sicherung und Ausbau“ die „Verwirklichung des sozialen und demokratischen Rechts-

Zu den Fragen der beabsichtigten Änderung der Satzung des DGB ist im November 1970 im NACHRICHTEN-Verlag ein Sonderdruck erschienen, von dem noch ein Restposten vorrätig ist. Der Sonderdruck enthält die geltende Satzung und den Entwurf der Satzungskommission jeweils im vollen Wortlaut und bringt konkrete Verbesserungsvorschläge. Die Sonderdrucke (Preis 1,20 DM) können beim Verlag abgerufen werden.

staates“. Allerdings ist das Bekenntnis „zur demokratischen Grundordnung“, hinter dem sich ein indirektes Bekenntnis zur monopolkapitalistischen Ordnung verbirgt, nicht zur Veränderung vorgeschlagen worden. Dafür ist die im Absatz 2b genannte Unabhängigkeit der Gewerkschaften im Hinblick auf den Staat konkreter formuliert worden: „Sie (die im Bund vereinigten Gewerkschaften) sind unabhängig von Institutionen und Organisationen im Staat, in der Wirtschaft und Gesellschaft.“

Der Absatz 3a, der sich mit den politischen Aufgaben des Bundes beschäftigt, ist ebenfalls besser formuliert worden. Es wird als Aufgabe für den Bund vorgeschlagen: „Der Kampf um die Verwirklichung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates und seiner freiheitlichen Rechtsordnung“ statt „Grundordnung“ sowie die „Stärkung der internationalen Gewerkschaftsbewegung“. Der Kommissionsentwurf beschränkte sich in dieser Frage lediglich auf die sogenannte „freie“ Gewerkschaftsbewegung.

Im Punkt c des Absatzes 3 ist die im Kommissionsentwurf nicht enthaltene

Forderung nach „umfassender Verwirklichung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer“ aufgenommen worden. Hervorzuheben ist auch, daß die im Punkt f des Kommissionsentwurfes enthaltene und wenig verpflichtende Aufgabe, „den Bundestag, den Bundesrat und die Länderparlamente über die gewerkschaftlichen Auffassungen zu aktuellen Fragen zu unterrichten, die Arbeitnehmerinteressen berühren“, wie folgt geändert werden soll: „... dem Bundestag, dem Bundesrat und den Länderparlamenten gegenüber die gewerkschaftlichen Forderungen nachdrücklich zu vertreten“.

Wie notwendig im Interesse der Arbeiter und Angestellten hier eine klare Aufgabenstellung ist, offenbart sich gerade gegenwärtig anhand des reaktionären Regierungsentwurfes für eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG). Eine bloße „Unterrichtung“ des Parlamentes über die gewerkschaftlichen Auffassungen wird keineswegs dazu führen, daß die Forderungen der Arbeiterklasse berücksichtigt werden. Vielmehr kommt es darauf an, die Vorschläge der Gewerkschaften durch eine Vielzahl von Aktionen und anderen Initiativen nachdrücklich zu vertreten.

Unabhängig von der Annahme einer neuen DGB-Satzung haben viele Gewerkschaftsfunktionäre in Gesprächen verlangt, daß der außerordentliche Bundeskongreß in einer gesonderten Entschließung den unannehmbaren Regierungsentwurf zur Novellierung des BetrVG zurückweist und zu Kampfaktionen aufruft, damit die gewerkschaftlichen Vorstellungen Gesetzeskraft erlangen.

Die weiteren Anträge des DGB-Landesbezirks Hessen beschäftigen sich hauptsächlich mit der Ausweitung der Demokratie im DGB. Es ist einerseits positiv zu werten, daß für den Bundeskongreß (Paragraph 7) das Antragsrecht nicht nur auf die Hauptvorstände der Einzelgewerkschaften, der Landesbezirksvorstände und der Personengruppenausschüsse beschränkt bleiben, sondern auch auf die jeweiligen Gewerkschaftstage und Konferenzen ausgedehnt werden soll. Andererseits bleibt unverstänlich, daß entgegen

den zahlreichen Anträgen aus den hessischen DGB-Kreisen das Antragsrecht nicht auf die DGB-Kreisvorstände und die DGB-Kreisdelegiertenkonferenzen ausgedehnt werden soll.

Der DGB-Landesbezirk Hessen fordert eine wesentliche Erweiterung der Zusammensetzung und der Rechte des Bundesausschusses (Paragraph 8). Es wird gefordert: „Jede Gewerkschaft entsendet auf je angefangene 55 000 Mitglieder einen Abgeordneten“ in den Bundesausschuß. Die Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB sollen nur noch mit beratender Stimme an den Bundesausschußsitzungen teilnehmen können. Neben dem Antrag, der Bundesausschuß habe aus seiner Mitte einen ehrenamtlichen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter zu wählen, ist besonders bemerkenswert, daß der Bundesausschuß das Recht erhalten soll, „über die Tätigkeit des Bundesvorstandes Berichte entgegenzunehmen und zu prüfen“. Ähnlich lautende Anträge bezüglich des Bundesausschusses sind auch vom Beirat der IG Chemie-Papier-Keramik gestellt worden.

In zahlreichen weiteren Anträgen aus Hessen wird ebenfalls der Ausbau der innergewerkschaftlichen Demokratie gefordert. So soll u. a. der im Kommissionsentwurf enthaltene Passus, daß die demokratisch gewählten Mitglieder der Landesbezirksvorstände und der Kreisvorstände von den übergeordneten Leitungen bestätigt, bzw. abgelehnt werden können, ersatzlos gestrichen werden. Das gleiche wird auch beantragt bei der vorgesehenen Regelung, daß die DGB-Landesbezirke „Weisungen des Bundesvorstandes durchzuführen“ haben und den Kreisdelegiertenkonferenzen Vorschläge zur Wahl des Kreisvorsitzenden von oben unterbreitet werden können.

Zu begrüßen ist außerdem, daß der DGB-Landesbezirk Hessen die Rechte der Ortskartelle des DGB wesentlich erweitern will. So sollen, was im Kommissionsentwurf nicht vorgesehen ist, die Vorstände der Ortskartelle und die Ortskartellversammlungen Antragsrecht für DGB-Kreisdelegiertenkonferenzen erhalten.

Wenn auch in den Anträgen des DGB-Landesbezirks Hessen nicht alle Forderungen der Mitglieder und gewerkschaftlichen Organisationen an der Basis voll berücksichtigt wurden, sind diese gegenüber dem Kommissionsentwurf ohne Zweifel ein Fortschritt. Damit sie in Düsseldorf auch in die neue DGB-Satzung aufgenommen werden, sollte die begonnene Diskussion zur Satzungsreform insbesondere unter Einbeziehung der Delegierten zum außerordentlichen Kongreß fortgesetzt werden. Es kommt darauf an, eine demokratische, von den Arbeiterinteressen bestimmte Satzung zu beschließen und den Reformern von rechts, die auch mit Hilfe einer neuen DGB-Satzung die Gewerkschaften in das spät-kapitalistische System eingliedern wollen, den Weg zu versperren.

Werner Petschick

BetrVG-Novelle muß vom Tisch

Wachsende Kritik in Betrieben und Gewerkschaften Zustimmung nur zu fortschrittlicher Betriebsverfassung

Während die Bundesregierung die parlamentarische Behandlung des Entwurfs für ein neues Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) forciert, wächst in den Gewerkschaften und bei Betriebsräten die Ablehnung dieses unzureichenden und zum Teil sogar reaktionären Gesetzeswerkes. Der DGB und Gewerkschaften wie die IG Metall, IG Chemie - Papier - Keramik, Handel, Banken und Versicherungen, IG Druck und Papier usw. sowie örtliche und regionale Gewerkschaftsorgane fordern immer nachdrücklicher eine erhebliche Veränderung bzw. die Ablehnung des SPD/FDP-Entwurfs. Diese Fassung der BetrVG-Novelle muß vom Tisch! Das ist die einhellige Meinung.

Die erste Lesung des Gesetzentwurfs im Bundestag am 11. Februar und das Anhörungsverfahren vor dem Ausschuß für Arbeits- und Sozialordnung am 24. und 25. Februar haben vor der Öffentlichkeit abermals deutlich gemacht, daß die undemokratischen und rück-schrittlichen Bestimmungen der geplanten Betriebsverfassung nur von einer Seite Zustimmung finden: durch die Unternehmer. In ihrem Interesse liegt es, daß der Zugang der Gewerkschaften zum Betrieb eingeschränkt, die politische Betätigung des Betriebsrats unterbunden, keine wirkliche Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten und allen wesentlichen Fragen eingeräumt wird sowie den leitenden Angestellten das aktive und passive Wahlrecht zum Betriebsrat verweigert, der so bezeichnete Personenkreis in unvertretbarer Weise ausgeweitet und die unsolidarischen Gruppenrechte von Arbeitern und Angestellten verstärkt werden sollen.

In allen diesen Fragen lehnen der DGB und die Gewerkschaften die im SPD/FDP-Entwurf vorgesehenen Regelungen ab. Sie werden dabei nur von der DKP als der einzigen Partei unterstützt, die sich die Forderung des DGB-Bundesausschusses zu eigen machte, nur ein solches Gesetz zu schaffen, das eine fortschrittliche Weiterentwicklung der Betriebsverfassung zum Inhalt hat. Diese Tatsache wurde in dem Hearing von der CDU-Bundestagsabgeordneten Kalinke zum Anlaß genommen, den DGB in antikommunistischer Manier zu verdächtigen. In dessen hat gerade die Kommunisten- und Gewerkschaftsfeindin Kalinke dazu beigetragen, einem größeren Kreis der Öffentlichkeit und in der Arbeiterschaft bekanntzumachen, wo die politischen Kräfte zu suchen sind, die zum gemeinsamen Kampf für Demokratie im Betrieb angetreten sind.

Überhaupt war das Hearing eine fragwürdige Veranstaltung, die mehr der Vortäuschung demokratischer Meinungsbildung diente als der Erforschung der tatsächlichen Anliegen von Betriebsräten und Gewerkschaftlern. Unter den aus 38 Betrieben ausgewählten Repräsentanten waren nur ganz wenige Arbeiter und Betriebsräte. Zur Hauptsache traten als „Sach-

verständige“ in Fragen der Betriebsverfassung Personaldirektoren, leitende Angestellte, Leiter von sozialpolitischen Abteilungen, Justitiare, Mitglieder von Aufsichtsräten und geschäftsführende Gesellschafter auf. Betriebe, in denen während der Metall-Lohnbewegung 1970 gestreikt oder in anderer Weise Unternehmerwillkür zurückgewiesen worden war, wurden bei der Auswahl nicht berücksichtigt.

Die Kernfrage der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes unterstrich der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr unmittelbar vor dem Hearing in der „Welt der Arbeit“ (19. 2. 1971) und wiederholte sie auch während der Befragung vor dem Ausschuß: Eine Änderung der Betriebsverfassung habe nur dann einen Sinn, „wenn die Arbeitnehmer in die Lage versetzt werden, wirk-samen Einfluß auf die Gestaltung des betrieblichen Geschehens auszuüben. Im Mittelpunkt einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes muß daher eine entscheidende Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte stehen.“ Mit dem SPD/FDP-Entwurf in der jetzigen Fassung wird dieses Ziel jedoch nicht erreicht.

In den Organen des DGB und der Gewerkschaften konzentriert sich jetzt die Frage darauf, wie die berechtigten demokratischen Forderungen zur fortschrittlichen Gestaltung des Betriebsverfassungsrechts durchgesetzt werden können. So erklärten die neun Orts-kartelle des Landkreises Fürth des DGB in einer gemeinsamen Vorstandssitzung: „Wir fordern mehr Demokratie im Betrieb. Die Gewerkschaften müssen ihre Aufgaben direkt im Betrieb wahrnehmen können. Der Betriebsrat braucht mehr echte Mitbestimmungsrechte. Darum weisen wir mit aller Entschiedenheit den Paragraphen 74 Absatz 2 des Regierungsentwurfs zurück, der die politische Betätigung des Betriebsrats verbietet. Wir fordern von unseren Bundestags-abgeordneten, die Gewerkschaftsmit-glieder sind, daß sie ihren Einfluß im Bundestag auf der Grundlage der DGB-Beschlüsse wahrnehmen.“

Viele Gewerkschaftsmitglieder und gewerkschaftlich organisierte Betriebsratsmitglieder sind ungehalten dar-

über, daß sozialdemokratische Politiker, die dem DGB angehören, dessen Beschlüsse vom Frühjahr 1970 über die Beschaffenheit einer neuen Betriebsverfassung nicht befolgt haben und sich — wie im Falle der Notstandsgesetzgebung — auf ihr Gewissen berufen, dem allein sie verpflichtet seien. Allerdings hat das „Gewissen“, das in Wirklichkeit gemeint ist, keinen guten Namen; es heißt „Koalitionsabsprache“ und „Fraktionszwang“.

Der Betriebsratsvorsitzende der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen, Herbert Knapp, sagte dazu in einem Zeitungsinterview: „Konkret wäre zu sagen: Den Bundestags-abgeordneten muß die Alternative gestellt werden: Entweder mit der Arbeiterschaft und damit für den Ausbau der Mitbestimmung oder gegen sie, dann aber ohne eine Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft.“

Die Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Krefeld formulierte Mitte Februar ihren Standpunkt zu der gleichen Frage so: „Die Delegierten sind empört, wie in nicht zu übersehender Weise im Bundestag Mehrheiten durch Fraktionszwänge und Koalitions- absprachen manipuliert werden. Die Delegierten fordern bei namentlicher Abstimmung alle Gewerkschaften auf, daß die gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten, die gegen die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer stimmen, ihre gewerkschaftlichen Mitgliedsbücher zurückzugeben haben und für immer aus den Gewerkschaften ausgeschlossen bleiben.“

Das ist eine harte, aber berechtigte Sprache. Im Mittelpunkt des Kampfes der Gewerkschaften gegen den reaktionären SPD/FDP-Entwurf müssen jetzt direkte Aktionen zur Erzeugung von Druck auf Regierung und Bundestag stehen, damit die DGB-Forderungen für ein gesellschaftspolitisch fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz berücksichtigt werden. In diesem Sinne ist die Entschließung der Kreis-delegiertenkonferenz des DGB Reutlingen zu unterstützen, in der gefordert wird: „Diesem Gesetzentwurf der Bundesregierung muß der härteste Widerstand entgegengesetzt werden, weil er deutlich einen zu starken Einfluß der Arbeitgeberverbände und ihrer Vertreter aufzeigt. Die Delegiertenkonferenz weist deshalb in aller Deutlichkeit darauf hin, daß die Arbeitnehmerschaft ihre Vorstellungen über eine fortschrittliche Gesellschaftsordnung durch ihre Gewerkschaften verwirklichen wird.“

Mit der Organisation des auch vom DGB-Bundesausschuß geforderten „härtesten Widerstandes“ wird man allerdings sofort beginnen müssen, wenn er den Bonner Fahrplan, das BetrVG bis spätestens zum Herbst in Kraft zu setzen, vereiteln soll. Allein mit Appellen an die „Vernunft“ der Bundestagsabgeordneten ist es nicht getan.

Gerd Siebert

Standort und Perspektive

Gesellschaftspolitisches Seminar der Zeitschrift NACHRICHTEN „Arbeiterklasse, Eigentum, Mitbestimmung, Systemveränderung“

Auf bemerkenswert hohem Niveau stand das gesellschaftspolitische Seminar der NACHRICHTEN am 27. und 28. Februar 1971 in Mannheim, an dem über 70 Gewerkschafter, vornehmlich Funktionäre, Betriebsratsmitglieder und gewerkschaftliche Vertrauensleute, teilnahmen, ferner einige Wissenschaftler aus der Bundesrepublik und dem Ausland, darunter Gäste aus der DDR und Frankreich. So u. a. Prof. Dr. habil Otto Schröder von der Hochschule des FDGB „Fritz Heckert“ und Prof. Dr. Gunnar Winkler sowie der Direktor der Wirtschaftsabteilung der zentralen Leitung der CGT, Jean Magniadas, und Jean Braire, Generalsekretär der „Freunde der Pariser Kommune“. Als Beobachter konnten die Veranstalter auch zwei Mitglieder des Bundesvorstandes des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) begrüßen. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer, das muß als besonders erfreulich noch bemerkt werden, lag zwischen 30 und 35 Jahren.

In der Einladung bezeichneten die Veranstalter — Herausgeber und Redaktion der NACHRICHTEN — als Aufgabe des Seminars, einen Beitrag zu leisten zur Diskussion über Standort und Perspektive der Gewerkschaften in der Bundesrepublik, insbesondere zur Frage der Mitbestimmung unter den Bedingungen des Spätkapitalismus und zur Frage des Eigentums an Produktionsmitteln. Dazu hielt Dr. Heinz Jung, IMSF, das Einführungsreferat mit den Schwerpunkten: Arbeiterklasse — Eigentum — Mitbestimmung — Systemveränderung. Den Teilnehmern lagen Thesen vor, die den Inhalt des Vortrages in Grundsätzen zusammenfaßten.

In der lebhaft geführten Diskussion, in der über die Hälfte der Teilnehmer das Wort ergriff, gelang es fast immer, Beziehungen herzustellen zwischen den auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus basierenden theoretischen Erkenntnissen und den gewerkschaftlichen und politischen Aufgaben im Betrieb, im Betriebsrat und Vertrauensleutkörper. Interessant war dabei die in der Debatte mehrfach betonte Feststellung, daß bei den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben und Büros ein Prozeß wachsenden politischen Bewußtseins spürbar wird: Die Arbeiter und Angestellten sehen ihre Klassenlage immer deutlicher, wenngleich sie noch nicht erkennen, daß die Lösung ihrer Probleme allein im Sozialismus liegt.

Gründlich wurde die Mitbestimmung, und hier besonders der Regierungsvorschlag zur Novellierung des BetrVG sowie die sogenannte Vermögensbildung, diskutiert. Zum Mitbestimmungsproblem lieferte Prof. Otto Schröder einen wertvollen Beitrag mit der Schilderung des Weges der Arbeiterklasse in der DDR, der nicht einfach eine Nachahmung des sowjetischen Beispiels gewesen sei, sondern von den besonderen Voraussetzungen in der DDR beeinflußt wurde. Wesentlich im Unterschied zur Bundesrepublik sei, daß die Arbeiterklasse in der DDR das kapitalistische Eigentum

in den Besitz des Volkes gebracht habe. Aber der Kampf um den Aufbau des Sozialismus sei kein Spaziergang gewesen.

Die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und der Gewerkschaften, so sagte Prof. Schröder, sei nur unter der Voraussetzung der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln möglich gewesen. Das habe auch gleichzeitig eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse bewirkt. Maßgeblich für den Aufbau des Sozialismus in der DDR war die Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten.

Prof. Schröder wies dann darauf hin, daß viele Probleme im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution nur auf dem Wege der internationalen Kooperation der sozialistischen Staaten, durch ihre enge Zusammenarbeit im Interesse der Völker gelöst werden könnten.

Pariser Kommune gewürdigt

In Stuttgart sprach der Generalsekretär der „Freunde der Pariser Kommune“, Jean Braire, vor einer interessierten, zumeist jugendlichen Zuhörerschaft über die Bedeutung der Pariser Kommune für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Europa. In einer geschichtlichen Würdigung des Kampfes und des Unterganges der Pariser Kommune erinnerte der Redner auch an Karl Marx und Friedrich Engels sowie an August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die in Deutschland offen ihre Bewunderung und Sympathie für die Kommunarden in Paris zum Ausdruck brachten.

Die Hauptlehre der Pariser Kommune, so stellte der Redner fest, die heute gezogen werden müsse, sei, daß die Niederlage der Kommune gezeigt habe, daß man in einer revolutionären

Nachdem der Mitherausgeber der NACHRICHTEN, Josef Ledwohn, das Seminar eingeleitet hatte, faßte Heinz Seeger, Mitherausgeber und Mitglied des Redaktionskollektivs, das Ergebnis des Seminars zusammen. Dabei betonte er noch einmal den engen Zusammenhang von marxistischer Theorie und betrieblicher Praxis. Die Kraft der Arbeiterklasse liege, wie immer schon, im Betrieb. „Hier treffen gewerkschaftliche Aktionen die Monopole an der empfindlichsten Stelle.“

Fasse man dieses Seminar zusammen, so sagte Seeger, dann seien es drei grundsätzliche Erkenntnisstrukturen, die erarbeitet wurden: Erstens wurde verdeutlicht, daß Menschenwürde, Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft auf der Grundlage der heutigen Herrschaftsverhältnisse nicht möglich seien. Ohne eine Veränderung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse bestehe die Gefahr, daß die Mitbestimmung zu einem Mittel der Integration der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften in die spätkapitalistische Gesellschaftsordnung werde. Zweitens: Mitbestimmung als Ausgangspunkt der Demokratisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft setze Gewerkschaften voraus, die sich als Klassenorganisation verstehen, allein auf die Interessen der Arbeiterklasse orientiert; und drittens müßte die Entwicklung politischen Klassenbewußtseins in der Arbeiterschaft, auf der Grundlage marxistischer Erkenntnisse, gefördert werden, weil ohne politische Zielklarheit weder sozialpolitische noch grundsätzliche gesellschaftspolitische Erfolge erreicht werden können.

Heinz Seeger schloß mit dem Wunsch nach weiterer guter Zusammenarbeit zwischen den fortschrittlichen Gewerkschaften und den NACHRICHTEN.

W. P.

Periode nicht versuchen dürfe, die Vergangenheit neu zu beleben, sondern sich in seinem Handeln von den Realitäten der Gegenwart leiten lassen müsse. Er schloß mit den Worten: Die neue Welt, die von der Pariser Kommune angekündigt wurde, habe die Zukunft vor sich. Was die Helden und Märtyrer der Pariser Kommune gewollt hätten, sei auf einem großen Teil unserer Erde Wirklichkeit geworden, und es sei ein gesetzmäßiger Prozeß, daß dies eines Tages auch für die übrige Welt zutreffen werde.

Im Anschluß an den Vortrag gab es noch eine lebhaft diskutierte, die die Notwendigkeit erkennen ließ, sich nicht nur an Gedenktagen, sondern eingehender mit den Lehren der Pariser Kommune zu beschäftigen. - eg -

„Eingriff in die Profitsphäre“

Aus dem Referat von Dr. Heinz Jung, IMSF

Die Grundlagen für die Diskussion auf dem gesellschaftspolitischen Seminar der NACHRICHTEN am 27./28. 2. 1971 in Mannheim bildeten das vielbeachtete Referat und die Thesen dazu von Dr. Heinz Jung, stellvertretender Direktor des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF). Innerhalb des Themas: „Arbeiterklasse — Mitbestimmung — Eigentum — Systemveränderung“ nahm die Mitbestimmungsproblematik einen breiten Raum ein. Von diesem Schwerpunkt veröffentlichen wir nachstehend einige wesentliche Auszüge. Das ganze Referat erscheint in Kürze in einem vom NACHRICHTEN-Verlag geplanten Taschenbuch:

Im Unterschied zu den Vermögensbildungsprojekten orientieren die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften auf die Veränderung des Kräfteverhältnisses und lenken die Aufmerksamkeit auf die grundlegenden Herrschaftsbedingungen der staatsmonopolistischen Gesellschaft. Wenn unsere gesellschaftspolitische Analyse zum Ergebnis gelangt, daß der Charakter der BRD durch den Klassengegensatz bestimmt wird, so müssen wir uns fragen, welche Konsequenzen dies für die Mitbestimmungsforderungen hat. Die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften sind Forderungen der Arbeiterklasse. Sie sind Forderungen demokratischen Charakters, die das System noch nicht sprengen, aber die Positionen der Arbeiterklasse verbessern können. Sie betreffen die Erweiterung und Vertiefung der demokratischen Rechte der Arbeiter und Angestellten und ihrer Organisationen auf allen

halt nach Einfluß auf die ökonomischen Grundprozesse. Und das sind zweifellos die Prozesse der Schaffung und Verteilung der Werte.

Also: ohne Eingriffe in die Profitsphäre des Kapitals keine echte Mitbestimmung, denn davon hängen alle anderen Dinge der sozialen Lage ab. Diese Eingriffe in die Profitsphäre stellen auch die Verknüpfung der unmittelbaren Interessen der Arbeiter und Angestellten im Betrieb mit ihren Klasseninteressen her, lenken den Blick auf die realen Machtverhältnisse und weiten den Bewußtseinshorizont. Er wird das Schlüsselglied zur Aktivierung der Belegschaften in der Zukunft werden müssen, wenn Mitbestimmungsforderungen durch breite Massenbewegungen der Arbeiter und Angestellten getragen werden sollen.

Geht man von der Unversöhnlichkeit der Klasseninteressen im spätkapitalistischen System aus, was häufig verschämte als Interessendualismus umschrieben wird, und versteht Mitbestimmung als Erweiterung und Vertiefung demokratischer Rechte, dann ist ihr eigentlicher Inhalt, ihre eigentliche Zielrichtung die Kontrolle des Großkapitals. Das sind die zwei Seiten der gleichen Medaille. Das bedeutet aber noch nicht die Änderung der Eigentumsverhältnisse und die Brechung und Überwindung der Macht der Konzerne und der Monopolherren überhaupt.

Mitbestimmung als demokratische Forderung der Arbeiterklasse führt noch nicht zur grundsätzlichen Systemveränderung. Sie kann jedoch im Rahmen des Systems die Kräfteverhältnisse ändern. Die Richtung der Änderung des Kräfteverhältnisses zu Gunsten der Arbeiterklasse drücken wir ja mit der Losung „Einschränkung der Macht des Großkapitals“ aus, so daß eine neue Offensive gegen die Monopole möglich wird.

Die vom DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter vertretene Interpretation der Mitbestimmungsforderungen als „gleichberechtigte Einbeziehung in die Willensbildungsprozesse innerhalb der Arbeitswelt“ würde voraussetzen, daß sich ein gemeinsamer Wille zwischen Kapital und Arbeit herstellen ließe. Doch worin sollte

dieser gleiche Wille bestehen, wo doch die Grundbeziehungen gegensätzlich sind? Und auch jeder auf dieser Grundlage erzielte Kompromiß, etwa in der Festlegung des Anteils der Sozialinvestitionen, ist ja ein Kompromiß zwischen ungleichen Partnern, zwischen sozialen Kontrahenten. In ihm kann sich also nur das jeweilige Kräfteverhältnis gegensätzlicher Mächte ausdrücken. Und der eigentliche Sinn der Mitbestimmung besteht ja darin, die Position der Arbeiter und Angestellten in diesen Auseinandersetzungen zu verbessern, nicht aber in der gleichberechtigten Teilnahme.

Die Ideologie der Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital, die Sozialpartnerschaft also, muß in der Konsequenz zur freiwilligen Unterordnung und Einordnung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen in

Besser informiert durch NACHRICHTEN

die bestehenden Herrschaftsverhältnisse führen, zum Nachteil auch für die Durchsetzung materieller Interessen der Arbeiter und Angestellten. Diese Ideologie ist nicht nur illusorisch, sondern auch gefährlich. Denn sie verschleierte die realen Machtverhältnisse im spätkapitalistischen System und verhindert wirksame, mit Konsequenz vorgetragene Offensiven gegen die Anmaßungen des Monopolkapitals.

Die praktische Hauptfrage in der Mitbestimmung ist die Orientierung der Gewerkschaften. Ohne ausschließlich an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte Gewerkschaften bleibt jeder Versuch zur Ausnutzung der institutionellen Mitbestimmung und zur einschneidenden Kontrolle des Monopolkapitals eine Illusion. Ein wichtiges Element starker, schlagkräftiger und lebendiger Gewerkschaften ist die zunehmende Einbeziehung der Mitglieder in die Entscheidungen und in ihre Durchsetzung, die innergewerkschaftliche Demokratie.

Keinestfalls kann dies durch stärkere Zentralisierung und Loslösung der Mitglieder erreicht werden. Diese Experimente müßten zur Schwächung und noch stärkeren Integration der Gewerkschaft führen. Der Schlüssel zur Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften und für Fortschritte in der Mitbestimmungsfrage liegt gegenwärtig in der Stärkung der Vertrauensleute und ihrer betrieblichen Gremien.

Die NACHRICHTEN-Verlags-GmbH bringt in Kürze eine Broschüre mit dem Referat von Dr. Heinz Jung, den Thesen zum Referat und Auszügen aus Diskussionsbeiträgen heraus. Vorbestellungen können schon jetzt an den Verlag gerichtet werden. — In der April-Ausgabe der NACHRICHTEN werden wir die Berichterstattung über das gesellschaftspolitische Seminar fortsetzen.

Verlag und Redaktion

Ebenen der Wirtschaft. Sie beziehen sich nicht nur auf die Fragen von Institutionen, sondern auf alle realen Prozesse und Vorgänge von Belang für Stellung und Lage der Arbeiterklasse.

Demokratische Rechte für die Arbeiterklasse bedeutet natürlich in erster Linie die Möglichkeit, eigene Interessen durchzusetzen und diese Interessen hängen unmittelbar mit der Lage der Arbeiterklasse als Klasse von Lohnarbeitern zusammen. Sie bedeuten also ihrem materiellen Ge-

„Demokratisch verstaatlichen!“

Aus dem Diskussionsbeitrag von Jean Magniadas

Auf dem gesellschaftspolitischen Seminar von NACHRICHTEN in Mannheim hielt Jean Magniadas, Direktor der Wirtschaftsabteilung der zentralen Leitung der größten französischen Gewerkschaft — CGT —, einen interessanten Diskussionsbeitrag. Der folgende Auszug beschäftigt sich mit der französischen Variante von „Vermögenspolitik“:

Während der vergangenen Jahre, besonders in der Zeit von 1965 bis 1970, in der Periode des 5. Wirtschaftsplanes, haben in Frankreich die Monopole und der Staat gemeinsam eine Politik betrieben, um den Konsum zu bremsen, indem sie gleichzeitig die Löhne begrenzten, die Familienzulage kürzten und das Steuerverwesen zu Lasten der Arbeiter verschlechterten. Diese Politik führte zu einem Rückgang der Industrieproduktion, besonders stark im Jahre 1967 und Anfang 1968, sowie zu einer Stagnation im Jahre 1970.

Diese Politik wurde begleitet von einem erheblichen Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf heute beinahe 500 000 Arbeitnehmer. Alle diese Faktoren stehen in Verbindung mit den sozialen Kämpfen und der Krise vom Mai 1968, in der wir die längste und breiteste Streikbewegung unserer sozialen Geschichte erlebten. Wenn Regierung und Unternehmertum gezwungen waren, damals bedeutende Zugeständnisse zu machen, wenn sie das neue Kräfteverhältnis, das durch die Krise vom Mai in Erscheinung trat, berücksichtigen müssen, war es den wichtigsten Gruppen der französischen Monopolisten — obwohl sie seit einigen Jahren in den Prozeß der Internationalisierung des Kapitals einbezogen waren — trotzdem möglich, zurfriedenstellende Wettbewerbspositionen zu erreichen, die sie natürlich halten und verstärken wollten.

Einer der Wege, die für die Offensive der Klassenpartnerschaft benutzt werden, ist in Frankreich die Interessenbeteiligung am Produktionsergebnis und die Volksaktie. Die Versuche auf diesem Gebiet sind nicht neu. Schon zu Anfang des Kapitalismus waren sie in Frankreich besonders zahlreich. Aber trotz starker ideologischer Kampagnen erlebten die Systeme der Interessenbeteiligung und die Volksaktie, die immer in den Perioden der Zuspitzung von Klassenkämpfen auftauchten, nie eine große Entwicklung. Auf die heutige Zeit bezogen war die Assoziation Kapital—Arbeit schon gleich nach Ende des Krieges ein KampftHEMA der Partei de Gaulles, und es war verbunden mit der im Jahre 1950 geführten Kampagne zur Steigerung der Produktivität und der Intensivierung der Arbeit.

Man versuchte, das System der Beteiligung an der Produktivität auf

starke steuerliche Anreize zu stützen. Gleich nachdem de Gaulle wieder zur Macht kam, versuchte er, die Interessenbeteiligung wieder anzukurbeln, indem er verschiedenen Verfahren einen legalen Rahmen gab: 1. Beteiligung am Gewinn, 2. Beteiligung an der Steigerung der Produktivität und 3. Interessenbeteiligung am Ergebnis durch Verteilung von Aktien des Unternehmens. Um die Unternehmen für die Durchführung dieser Systeme anzuregen, wurden neue Steuererleichterungen zu Gunsten der Unternehmer eingeführt. Die CGT war damals gezwungen, diese Versuche zu bekämpfen, und sie

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

hatte dabei einen großen Erfolg zu verzeichnen. Denn acht Jahre später, am Vorabend der neuen Verordnung über Gewinnbeteiligungen — 17. August 1967 — gab es nur 202 Unternehmen, die ein solches Abkommen abgeschlossen hatten, und ihre Belegschaften machten nur 0,8 Prozent aller Arbeitnehmer aus. Das Ausmaß und der besondere Charakter dieser neuen Offensive bestanden nicht nur darin, daß diese Kampagne unter dem Thema der „Partizipation“ geführt wurde, sondern auch in dem durch das Gesetz geschaffenen Zwang, derartige Verträge in Betrieben mit mehr als einhundert Arbeitnehmern abzuschließen.

Solange nämlich die Interessenbeteiligung freiwillig war, konnte die Monopolbourgeoisie nicht hoffen — und die vergangenen Jahre bewiesen es —, daß die Beteiligungen in einem größeren Ausmaß durchgeführt würden. Ich werde nicht in allen Einzelheiten den komplexen Mechanismus dieser Interessenbeteiligung darlegen. Wichtig ist nur zu wissen, daß sie die Hälfte des Steuergewinns darstellt. Sie hat also nur eine weitläufige Beziehung

zum Profit. Es gibt auch einen Abzug der Lohnsumme vom Eigenkapital des Unternehmers (Anlage plus Rücklagen) bis zu 5 Prozent.

Ein zweites, nicht geringes Element ist, daß die Interessenbeteiligung nicht zu Lasten des Unternehmers geht, sondern steuerlich abzugsfähig ist. Es handelt sich also um einen Mechanismus der Neuverteilung, der darin besteht, die Interessenbeteiligung von der Masse der Steuerzahler zahlen zu lassen, das heißt, zum größten Teil, soweit es sich um die Einkommen- oder Konsumsteuer handelt, durch die Arbeiter selbst.

Die CGT hat den Arbeitnehmern die Interessenbeteiligung geschildert, wie sie wirklich ist: Eine neue Prämie sehr unsicheren Charakters, die den Lohn noch weniger stabil macht. Wir haben klargestellt, daß die Interessenbeteiligung einen mystifizierenden Charakter hat, denn sie steht den Arbeitnehmern konkret erst nach einer Periode von fünf Jahren zur Verfügung, und zwar in Form von Aktienbeteiligung des Unternehmens, Überweisungen an einen Anlagefonds oder auf ein im Namen des Arbeitnehmers eröffnetes Konto, das durch das Unternehmen blockiert wird. Die CGT hat öffentlich erklärt, daß dieses System für die Arbeitnehmer ungünstig ist, denn es wird das Wesen der Interessenbeteiligung vertuscht. Die Prämien und die Verteilung von Aktien sollen nur einen Anreiz darstellen, um die Ersparnisse der Arbeitnehmer an sich zu ziehen.

Die CGT verfolgt das Ziel, über eine demokratische Verstaatlichung die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Frage zu stellen. Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ist aber nicht nur eine einfache Änderung des Rechtsstatuts der Unternehmen, und das Privateigentum soll nicht nur einfach durch staatliches Eigentum abgelöst werden. Unter demokratischer Verstaatlichung verstehen wir vielmehr die Grundlage einer auf die sozialen Bedürfnisse der Arbeiterschaft ausgerichteten Planung.

Auf der Ebene verstaatlichter Unternehmen soll sich eine effektive Beteiligung der Arbeiter und der Gewerkschaften an der Verwaltung und eine Erweiterung ihrer Rechte und ihrer Macht vollziehen. Sie muß sich unterscheiden von utopischen Ideologien der Selbstverwaltung und der Pseudo-Arbeiterkontrolle, die für uns eine gaullistische Version neuer Befehlsformen über die Arbeit ist, und die aus Arbeitern die Agenten ihrer eigenen Ausbeutung machen will. Sie stellt die verfeinerte Art der Integration in der heutigen Etappe Frankreichs dar. Die von der CGT geforderte demokratische Verstaatlichung soll ein neues Kräfteverhältnis zu Gunsten der Arbeiterklasse schaffen. Sie würde neue Perspektiven für den Klassenkampf eröffnen und einen Weg zum Sozialismus weisen.

Falsche „Gewerkschaftskunde“

Lehrbriefe der DGB-Briefschule am Thema vorbei Kurs „Gewerkschaftskunde“ muß eingestampft werden

Eine Briefschule des DGB, die den Lehrstoff „Gewerkschaftskunde“ behandelt, muß umfassend sein und Aussagen beinhalten, die die wichtigsten Fragen gewerkschaftlicher Interessenvertretung nicht nur aufzeigen, sondern auch klären. Man kann die Thematik nicht einseitig auf Wirtschaftspolitik sowie Lohn- und Tariffragen begrenzen. Wie soll man sich heute mit dem spätkapitalistischen System, in dem wir leben, auseinandersetzen, wenn eine „Gewerkschaftskunde“ nicht das Rüstzeug vermittelt, die Situation von 1970/71 zu erklären, zu verstehen und Folgerungen daraus zu ziehen? Die vorliegenden Lehrhefte „Gewerkschaftskunde“ der Briefschule des DGB gehen an den heutigen Realitäten vorbei. Sie wurden 1962 verfaßt und verbreiten das Gift der „größten Torheit des 20. Jahrhunderts“, den Ungeist des Antikommunismus.

In der Themenstellung „Geschichte der Gewerkschaftsbewegung“ tritt dies besonders deutlich zu Tage. Wer die Gegenwart aus der Vergangenheit begreifen will, muß sich an geschichtlichen Wahrheiten orientieren können. Eine vom Antikommunismus manipulierte Geschichtsschreibung, die verfälscht und wesentliches Geschehen ausläßt, ist unwahr und darum nicht geeignet. Wissen und Erkenntnis zu vermitteln. Wenn der DGB eine Briefschule „Gewerkschaftskunde“ herausgibt, darf er z. B. nicht einfach verschweigen, daß die Lehren von Karl Marx und der aus ihnen entstandene Marxismus über den Bereich des Denkens hinaus auf die soziale und politische Entwicklung entscheidend gewirkt haben und heute noch wirken. Jedoch die „Gewerkschaftskunde“ schweigt das tot.

Auch die Beziehungen der Gewerkschaften zu anderen Organisationen, vor allem zu den Parteien, werden nicht ihrer Bedeutung entsprechend sichtbar gemacht. Aber die gesellschaftlichen Zusammenhänge einer Gewerkschaftsbewegung können nicht von der Geschichte der Arbeiterbewegung getrennt werden. Die Briefschule bringt keine analytischen Feststellungen und keine Problematik aus der Geschichte der Gewerkschaften. Man muß sich die Frage stellen, ob mit Absicht die Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie bezüglich der marxistischen und revisionistischen Positionen vor dem I. Weltkrieg verschwiegen wurden.

Der Lernende erfährt nichts über die Rolle der deutschen Linken im I. Weltkrieg und nichts über die Novemberrevolution in Deutschland. Die Gründung der KPD und ihr Wirken in den Nachkriegsjahren sowie die Rolle der russischen Sozialdemokratie, die Aktivität Lenins und sein Lebenswerk, die internationale sozialistische Gewerkschaftsbewegung — all dies wird kaum erwähnt. Eine solche Geschichtsschreibung, die sich nicht wahrheitsgemäß verhält und große, weltbewegende Ereignisse ignoriert, die verstümmelt, verzerrt und entstellt, ist

nicht nur wertlos, sondern für den Lernenden eine sehr weittragende, gefährliche Informationsquelle, die ihn nicht bildet, sondern verbildet.

In der Briefschule „Gewerkschaftskunde“ wird die Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland so vermittelt, daß ihre antikommunistischen Verfasser oder Auftraggeber sich als Historiker selbst disqualifizieren. Es ist unmöglich, die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in erster Linie mit der Aufzählung von Organisationsziffern, erreichten Lohnhöhen, Arbeitszeitregelungen und einigen Erfolgen im Sozialbereich darstellen zu wollen. Solche Angaben können nur erläuternden Charakter haben.

Die Gewerkschaften sind auch mehr als nur „Zusammenschlüsse von Arbeitnehmern zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen“. Vieles, was als Schulungsmaterial der Industriegewerkschaften im DGB herausgegeben wird, (z. B. „Handbuch der Vertrauensleute“ der IG Metall) hat eine größere Aussagekraft und wirkt darum „bildender“ als die speziell geschriebene „Gewerkschaftskunde“, die zudem noch als Briefschule erscheint und höheren Ansprüchen genügen sollte. (Außerdem kostet sie Geld.)

Auffallend ist das Wohlwollen, das man den sogenannten Sozialisten wie Schweitzer, Lassalle, Fritzsche, Ketteler, Hirsch und Dunker zukommen läßt. Liebknecht und Bebel werden wohl am Rande erwähnt, aber in keiner Form gewürdigt, obwohl beispielsweise Bebel das richtungsweisende „Mustersiatur für Gewerkschaftsgenossenschaften“ ausarbeitete und populär machte. Die Hinweise von Marx und Engels zum Thema: „Lohn — Preis — Profit“, ihre Reden und Schriften darüber, bleiben unerwähnt.

Alles was der Gewerkschaftsbewegung Richtung und Kraft gegeben hat, fehlt in dem Kursus der DGB-Briefschule. Viel besser kommen allerdings die „Christlichen Gewerkschaften“ weg. Ihre Entwicklung wird in einer

Breite dargelegt, die dem Lernenden den Eindruck ihrer enormen „Wichtigkeit“ im Rahmen der Gewerkschaftsgeschichte vermitteln soll. Während man das „Kommunistische Manifest“ nur beiläufig erwähnt, werden die „Sozial-Enzykliken“ des Papstes Leo XII. und seiner Nachfolger eingehend gewürdigt.

Ungeheuerlich für eine gewerkschaftliche Publikation ist, was im 2. Lehrbrief über die Ursachen des II. Weltkrieges gelehrt wird, ebenso auch die Würdigung und Billigung des Hilfsdienstgesetzes von 1916. Dieses „Notstandsgesetz“ betrachtet man als Ausgangsbasis für das spätere Betriebsräterecht! Wer so konstruiert, kann natürlich eine Burgfriedens- und Arbeitsgemeinschaftspolitik nicht kritisieren. Unmöglich ist die Stellungnahme zu Brünnings Notverordnungspolitik. Es heißt dort wörtlich: „Mit den Notverordnungen wollte Brüning die Staatsfinanzen, ja, den Staat retten!“

Eine klassenmäßige Einschätzung des Faschismus gibt es in dem Lehrbrief nicht. Die Rolle des deutschen Imperialismus und des Militarismus wird so verharmlost, daß man sich bei der Lektüre fragen muß, ob Skrupellosigkeit oder aber Dummheit den Verfassern die Feder geführt haben, oder aber ob man die Rolle der marxistischen Antifaschisten im Kampf gegen Hitler, ihre Opferbereitschaft und ihren Kampf bis in den Tod einfach ignorieren wollte, um der antikommunistischen Tendenz treu zu bleiben. Zu dieser Ansicht muß man kommen, wenn man liest, was über den Überfall Hitlers auf die Sowjet-Union gesagt wird: „Der Bolschewismus wurde jämmerlich geschlagen. Aber im Winter 1941—42 schaltete Stalin seine Propaganda auf Nationalismus um. „Mütterchen Rußland“, die Kälte und die schlechte Vorbereitung brachten die Wehrmacht in Rußland zum Stehen.“

Es ist unmöglich, in einer kurzen, kritischen Betrachtung alles Falsche und Gemeingefährliche darzulegen, von dem dieser Briefkurs geprägt ist. Es ist zu hoffen, daß die Studierenden von sich aus hinter den Ungeist dieses Geschreibsels kamen und daß sie vom Gift dieser Briefschule nicht infiziert wurden. Was 1962 dem politischen Stumpfsinn westdeutscher Politiker entsprach, wurde durch das Geschehen der neuesten Zeit längst revidiert.

Der Antikommunismus als politisches Programm hat der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften schweren Schaden zugefügt. Es ist das Recht der Studierenden, eine umfassende, kritische, lückenlose und wahrheitsgetreue Geschichte der Gewerkschaftsbewegung für das Studium vorgelegt zu bekommen. Die heute kursierende Briefschule des DGB „Gewerkschaftskunde“ verdient schnellstens eingestampft zu werden. Heinz Lukrawka

Ein Jahr der Kongresse

DGB und Gewerkschaften präzisieren Standort und Forderungen Gewerkschaftliche Einflußnahme auf Regierungspolitik nötig

Das Jahr 1971 ist ein Jahr wichtiger gewerkschaftlicher Kongresse und Tagungen. Ein außerordentlicher DGB-Bundeskongreß, mehrere Gewerkschaftstage und eine Serie von Berufs- und Fachgruppenkonferenzen des DGB und der Mitgliedgewerkschaften nehmen zu aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der allgemeinen Politik und der Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik Stellung. Die gewählten Delegierten der rund 6,7 Millionen Mitglieder von DGB-Gewerkschaften präzisieren ihren Standpunkt und bestimmen die Gewerkschaftspolitik für einen überschaubaren Zeitraum. Mit diesen Gewerkschaftstagen und Personengruppenkonferenzen, den höchsten Organen der jeweiligen Gewerkschaft bzw. Personengruppe, werden aber nicht nur die Weichen für den nächsten DGB-Kongreß im Jahre 1972 gestellt, sie beeinflussen ebenso die konkrete Politik des DGB-Bundesvorstandes wie die der jeweiligen Gewerkschaftsvorstände. Und noch etwas ist entscheidend: Wenn die Gewerkschaften und der DGB ihren Auftrag, kämpferische Interessenvertretung der Arbeiterschaft zu sein, mit nötiger Klarheit und gebotenem Nachdruck auf diesen Kongressen artikulieren und ihre Mitglieder zur Realisierung der zu erwartenden Beschlüsse mobilisieren, dann können sie wesentlich auch auf die Politik der Bundesregierung Einfluß nehmen, den schädlichen Einfluß der Monopolvertreter und Unternehmerverbände zurückdrängen und das Geschehen im Sinne der abhängig Beschäftigten mitbestimmen.

Die politische, gesellschaftliche und soziale Situation in der Bundesrepublik erfordert mehr denn je die energische Einflußnahme der Gewerkschaften auf die konkrete Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Diese Regierung ist gerade dabei, vor den Attacken von rechts zurückzuweichen und dem Rechtskartell von Barzel und Strauß bis Thadden und angesichts der Zutreiberdienste von Schmidt und Vogel auf so wichtigen Gebieten wie der Ostpolitik, der Rüstung, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Betriebsverfassung, Tarifautonomie usw. immer mehr Terrain zu opfern.

Die Gewerkschaften müssen aufgeschreckt sein von der Anti-links-Psychose, die zur Zeit auf Druck von rechts in der SPD entwickelt wird, und die alles verketzert, was auch nur einen Hauch von Systemveränderung vermuten läßt. Damit gerät bereits das gesamte Grundsatzprogramm des DGB auf die Zielscheibe antikomunistischer Hysterie, und es wäre nur noch eine Frage der Zeit, wird dieser Entwicklung nicht sofort und

nachhaltig Einhalt geboten, wann eine politische Atmosphäre entstünde, in der z.B. die Mitbestimmungskonzeption des DGB als Umsturzplan die Staatsanwälte in Bewegung setzen würde.

Die Fragen der Mitbestimmung, die nicht vorankommt, die von den Gewerkschaften kritisierten Verschlechterungen und Unzulänglichkeiten der geplanten BetrVG-Novelle, die notwendige Verbesserung des Entwurfs einer neuen DGB-Satzung — diese und andere wichtige Probleme im Bereich der allgemeinen Politik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik werden die bevorstehenden Kongresse und Tagungen des DGB und der Gewerkschaften beschäftigen und fortschrittliche Antworten verlangen.

Eine detaillierte Darstellung weiterer Probleme, mit denen sich auch andere Gewerkschaften befassen müssen, gibt der nachfolgende Beitrag unseres Mitarbeiters Hans Vossen in einem Ausblick auf den wohl wichtigsten Gewerkschaftstag dieses Jahres, den der IG Metall.

G. S.

nach mehr Demokratie und Einfluß auf die Gewerkschaftspolitik äußert. Dieses Bewußtsein muß die Vorbereitung und Durchführung des Gewerkschaftstages bestimmen. Die kritischer und kampferfahrener gewordenen Metallarbeiter müßten, ausgehend von den zur Beantwortung und Lösung anstehenden politischen, gesellschaftspolitischen, sozialen und wirtschaftspolitischen Problemen, den Gewerkschaftstag zu einem Forum der breiten Mitgliedschaft werden lassen.

Daß sich der Vorstand der IG Metall der kritischeren Beurteilung von Position, Politik und Aktion der Gewerkschaftsspitze durch die Mitgliedschaft bewußt ist, wurde kürzlich durch Otto Brenner bestätigt. In seinem Schlußwort auf der Klausurtagung in Hundsbad sagte er: „Vergessen wir nicht, daß wir von den Delegierten des Gewerkschaftstages im September Rechenschaft über unsere Arbeit abzugeben haben. Wir wissen, daß wir dort mit kritischeren Kolleginnen und Kollegen zu tun haben werden als in früheren Jahren.“

Ohne die Bedeutung von Satzungsfragen und Problemen der Tarifpolitik mindern zu wollen, — im Gegenteil, sie sind wesentlicher Bestandteil klassenmäßig orientierter Gewerkschaftspolitik — hat der 10. ordentliche Gewerkschaftstag die Aufgabe, klare Aussagen zu den politischen und gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten zu machen.

I

Die IG Metall hat die Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau als einen wichtigen Schritt zur Sicherung des Friedens begrüßt. Wer anders als die arbeitenden Menschen ist an wirklicher Entspannung und Frieden brennend interessiert? Tatsache jedoch ist, daß das Rechtskartell, besonders CDU/CSU, alle Anstrengungen unternimmt, die Ratifizierung der Verträge durch den Bundestag zu torpedieren. In einer solchen Situation müssen die Gewerkschaften aus ihrer bisherigen Reserve heraustreten, um einen aktiven Kampf zur Ratifizierung der Verträge aufzunehmen.

Mit „Hoffen“ allein, wie es Otto Brenner einmal formulierte, daß sich alle demokratischen Kräfte mehr und mehr von Notwendigkeit und Nutzen der Verträge überzeugen, ist die Ratifizierung nicht zu bewältigen. Mit „Hoffen“ allein werden auch die Vertragsgegner und das Rechtskartell nicht in die Schranken verwiesen. Es kommt vielmehr darauf an, daß Inhalt, Geist und Auswirkung dieser Verträge — die allseitig den gewerkschaftlichen Grundvorstellungen entsprechen — bei dem Kampf um Ratifizierung mit Leben erfüllt werden.

In der Entschließung Nr. III des letzten Gewerkschaftstages wird die Forderung erhoben, daß der „finanzielle Mehrbedarf für die Wachstums-, Struktur-, Sozial- und Bildungspolitik vor-

Vor IGM-Gewerkschaftstag

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der jetzt über 2,2 Millionen Mitglieder zählenden IG Metall ist für den 26. September 1971 nach Wiesbaden einberufen. Dieses Parlament der „Metaller“ hat nicht nur für die Metallarbeiter, sondern für die gesamte Arbeiterklasse unseres Landes große Bedeutung. Wenn dieser Gewerkschaftstag seiner Bedeutung gerecht werden will, muß er klassenmäßige Positionen einnehmen, die sich in den Beschlüssen

und Entschließungen, die die Gewerkschaftspolitik der nächsten Jahre bestimmen werden, widerspiegeln.

In den Septemberstreiks 1969 und noch mehr in der Streik- und Lohnbewegung 1970 hat sich ein spürbar gewordenen elementares Klassenbewußtsein herausgebildet, das sich einerseits in einer wachsenden Kampfbereitschaft zeigt und andererseits innergewerkschaftlich in der Forderung

rangig durch eine Verringerung des Verteidigungshaushaltes zu decken ist". Es geht gestern wie heute darum, daß die Prioritäten im Haushalt sich entsprechend den Interessen der Arbeiter und Angestellten und der gewerkschaftlichen Forderungen verschieben.

II

Der Gewerkschaftstag wird weiter die Aufgabe haben, ausgehend von der gefährvollen Rechtentwicklung in unserem Lande, die gesamte Organisation dahingehend zu orientieren, stärker und machtvoller als bisher dem rechtsextremistischen Treiben Einhalt zu gebieten. Dabei darf auch nicht davor zurückgeschreckt werden, die Einpeitscher des Nationalismus wie Strauß u. a. beim Namen zu nennen, um ihre gefährliche Politik zu entlarven. Daß ausgehend von der Entschliebung Nr. XX des 9. Gewerkschaftstages die Forderung nach Verbot bzw. Auflösung der NPD als dringender Auftrag an die Bundesregierung noch unmißverständlicher ausgedrückt werden muß, wird durch die bisherige Tatenlosigkeit der SPD/FDP-Regierung in dieser Frage nur untermauert.

Wenn in der genannten Entschliebung eingeschätzt wird, daß "gegenwärtig die NPD noch nicht imstande ist, Gewalt und Terror gegen die gewerkschaftlichen und demokratischen Organisationen auszuüben", so zeigen die jüngsten Terroranschläge gegen Einrichtungen demokratischer Organisationen sowie die Aufdeckung neonazistischer bewaffneter Banden, daß die damalige Einschätzung durch den Verlauf der Entwicklung überholt und konsequentes gewerkschaftliches Handeln unbedingt notwendig ist. Die verstärkte Forderung nach dem Verbot der NPD, Auflösung der „Aktion Widerstand“ und Entlarvung der nationalistischen Politiker in der CDU/CSU in Verbindung mit den Aktionen der Gewerkschaft und aller Demokraten gegen diese Rechtsgefahr, muß zu einem wichtigen Bestandteil gewerkschaftlicher Aufgaben werden.

III

„Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muß vom Grundsatz einer optimalen Steigerung des Lebensstandards bei gleichzeitiger Sicherung der zukunftsorientierten Gemeinschaftsaufgaben“ geleitet sein (DGB 22. 10. 69). Die zyklische Entwicklung der Wirtschaft im Spätkapitalismus kann trotz wachsender staatlicher Lenkung und staatlicher Konjunkturpolitik nicht die soziale Sicherheit der Arbeiterklasse garantieren. Zu einem Zeitpunkt, wo die im Konjunkturaufschwung verschobene Ungleichgewichtigkeit in der Einkommenverteilung noch nicht wieder eingeholt ist, wächst die Gefahr, daß vor den Arbeitnehmern wieder die gleichen bzw. ähnlichen Probleme stehen, wie in der Krise 1966/67.

Die Feststellung in der Entschliebung Nr. II, „daß die gegenwärtige Bundesregierung im Gegensatz zu ihren VorgängerInnen den Gedanken der planenden Vorsorge für die Zukunft aufgegriffen hat“, ist durch die Praxis der wirtschafts- und finanzpolitischen Tätigkeit der Bundesregierung nicht bestätigt worden. Die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall wären gut beraten, wenn sie, ausgehend von ihren eigenen Erfahrungen, sich kritisch mit der von Schiller so verteidigten sogenannten „sozialen Marktwirtschaft“ auseinandersetzen würden. Dabei könnte die Feststellung Otto Brenners ein guter Orientierungspunkt sein, „daß das Machtungleichgewicht sich zugunsten der Unternehmer verstärkt, obwohl das Grundgesetz noch andere Wirtschaftsordnungen gestattet, als den sozialen Kapitalismus, für den Hundefutter rentabler ist als saubere Luft“ (IGM-Presemittteilung 12. 2. 71).

In Anträgen zum Gewerkschaftstag und auf dem Gewerkschaftstag selbst, müssen, wenn die allseitigen Interessen der Mitglieder vertreten werden sollen, antikapitalistische Positionen erarbeitet werden. Dabei spielt die Überführung der Schwer-, Elektro-, Chemie-, Energie- und Rüstungsindustrie sowie der Großbanken in Gemeineigentum eine bedeutsame Rolle.

IV

Dem wachsenden Machtanspruch der Großindustrie kann nur durch eine Gewerkschaft, die die Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten

Wahl der Jugendvertretungen

In den Betrieben der Bundesrepublik werden in diesen Wochen und den kommenden Monaten die Jugendvertreter gewählt. Überall dort, wo ständig mehr als fünf Jugendliche unter 18 Jahren beschäftigt sind und wo ein Betriebsrat besteht, sind Jugendvertreter zu wählen, die in den nächsten zwei Jahren die Interessen der jungen Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Unternehmer vertreten. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß nur die aktivsten und mutigsten Jugendlichen, Mitglieder der Gewerkschaften, die besten Jugendvertreter sein können.

Der DGB hat aus Anlaß der Jugendvertreterwahl 1971 in einer Erklärung Mitte Januar nochmals nachdrücklich mehr Rechte für die arbeitende Jugend verlangt, „vor allem eine wirksamere Interessenvertretung im Betrieb und in der Ausbildung durch mehr Rechte für die Jugendvertreter; eine bessere Berufsbildung; wirksameren Jugendarbeitsschutz; 30 Tage Erholungsurlaub; Bildungsurlaub und Herabsetzung des Volljährigkeitsalters“.

beherzigt, erfolgreich begegnet werden. Das heißt aber, daß eine Gewerkschaft wie die IG Metall nur in dem Maße erfolgreiche Interessenvertretung sein kann, wie die breite Mitgliedschaft in die Erarbeitung und Durchsetzung gewerkschaftlicher Vorstellungen einbezogen wird. Es ist unverständlich, daß das wichtigste gewerkschaftliche Instrument — die Vertrauensleutekörper — bis heute noch kein satzungsmäßiges Organ der IG Metall ist.

In der Vorbereitung und Durchführung des Gewerkschaftstages wird es in entscheidendem Maße darauf ankommen, daß die Erfahrungen, die die Metallarbeiter in ihren Kämpfen 1969 und 1970 gesammelt haben, Grundlage und Inhalt zukünftiger Gewerkschaftspolitik werden. Dabei ist an solche Probleme gedacht, wie die Demokratisierung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, die frühzeitige Einschaltung der Mitgliedschaft und umfassende Information. Oder die Änderung der „Richtlinien für die Bildung der Tarifkommissionen“ und die unbedingte Notwendigkeit der Befragung der Mitglieder bei Tarifabschlüssen.

Das gültige Schlichtungsabkommen braucht nicht verbessert, sondern muß ersatzlos gekündigt werden. Es ist nicht einzusehen, daß diese Einrichtung stets die Positionen der Unternehmer im Lohnkampf verbessert. Die Fragwürdigkeit der „politischen Schlichtung“ ist offensichtlich geworden. Sie darf nicht mehr akzeptiert werden. Daß der Kampf um Öffnungsklauseln in Tarifverträgen zur Durchsetzung einer betriebsnahen Tarifpolitik entschiedener als bisher geführt werden muß, braucht nicht besonders betont zu werden.

Ausgehend von den Schwerpunkten der „Hundsbacher Klausurtagung“ sind Lohnleitlinien abzulehnen. Das heißt andererseits, daß die Mitarbeit in der konzentrierten Aktion eingestellt werden muß, weil aus den dort von Schiller vorgetragenen Daten in der Praxis Lohnleitlinien werden.

Das sind nur einige Gedanken, die auf dem Gewerkschaftstag eine klare Antwort finden müssen. Die Vorbereitung und Durchführung des Gewerkschaftstages wird zeitlich mit der 2. und 3. Lesung des Regierungsentwurfs zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes zusammenfallen. Dabei kommt es darauf an, daß sich die Position der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen nicht noch weiter durch eine falsch verstandene Toleranz gegenüber der Bundesregierung verschlechtert.

Wichtige Grundlagen für die Entwicklung und den Ausbau der Gegenmacht der Arbeiterklasse gegen den totalen Machtanspruch des Großkapitals müssen auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall geschaffen werden. Darin liegt die Bedeutung dieses Gewerkschaftstages.

H. V.

1. Mai — ein Kampftag!

**Für sozialen Fortschritt, Demokratie und dauerhaften Frieden
DKP: 1. Mai gut vorbereiten und offensiv auftreten!**

Der diesjährige 1. Mai findet in einer Situation zugespitzter sozialer Spannungen, politischer Demagogie von rechts und gefährlicher imperialistischer Kriegsabenteuer in Indochina und Nahost statt. Die internationale Arbeiterklasse ist aufgerufen, einen entschlossenen Kampf für sozialen Fortschritt, Demokratie und Frieden zu führen. Auch in der Bundesrepublik gilt es einen entsprechenden Beitrag zu leisten. Obgleich dieser Verpflichtung mit schönrednerischen Veranstaltungen im Saale nicht gerecht zu werden ist, orientiert der DGB im allgemeinen darauf, aus dem Kampftag 1. Mai einen versöhnlichen, zufriedenen „Feiertag der Arbeit“ zu machen. Wir baten die DKP, unseren Lesern ihren Standpunkt zum 1. Mai darzulegen. Werner Cieslak, Mitglied des Parteivorstandes und Referent für Wirtschafts- und Sozialfragen, stellte uns folgenden Beitrag zur Verfügung:

Der diesjährige 1. Mai findet in einer Zeit verstärkter Konfrontation der Arbeiterklasse mit dem staatsmonopolistischen System statt. Das Großkapital hat der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften den „härtesten Kampf“ bei allen sozial- und lohnpolitischen Entscheidungen angekündigt. Hinzu kommt, daß die von Sozialdemokraten geführte Regierung nicht wenig Anstrengungen macht, um die Gewerkschaften in das Korsett staatlich verordneter Lohnleitlinien zu pressen. Obwohl sie in der den Unternehmerinteressen dienenden „konzertierten Aktion“ noch mitmachen, mehrten sich aus dem Führungsbereich der Gewerkschaften die Stimmen, die fordern, „die Regierung sollte ihre Politik in stärkerem Maße an den Bedürfnissen und Interessen der breiten Schicht unseres Volkes, der Arbeitnehmer, orientieren“.

Wir wollen nicht übersehen, daß die SPD-Führung ihre soziale Basis in Gestalt des DGB sieht und umgekehrt nicht wenige Gewerkschaftsführungen, trotz in letzter Zeit zunehmender kritischer Bemerkungen, auf die Regierung Brandt setzen. Das, obwohl das „Solidaritätsbewußtsein“ der sozialdemokratischen DGB-Spitze gegenüber „ihrer“ Regierung von dieser genutzt wird, um den DGB zum Verzicht auf durchschlagende Aktivität gegen die konzernfreundliche Wirtschafts- und Innenpolitik der SPD-geführten Regierung zu bewegen.

Nach wie vor stimmt die von Arbeitern in unserem Lande getroffene Feststellung: „Die Reichen werden reicher, die Mächtigen einflußreicher und die Lohn- und Gehaltsempfänger immer abhängiger.“ Schiller aber erklärt diese „Marktwirtschaft als die tragende Grundlage aller Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“. Obwohl (oder gerade weil) die Profite und Preise permanent steigen, behauptet CDU-Barzel, es gebe „kein erfolgreicheres, gerechteres und humaneres System als die soziale Marktwirtschaft“. So gerecht also, daß von den zwischen 1948 bis 1967 gebildeten 641 Mrd. DM an privatem Volksvermögen 70 Prozent in den Besitz der

Unternehmer und Selbständigen gelangten. So gerecht, daß vom Eigentum bzw. Vermögen an Produktionsmitteln die Arbeiterklasse nahezu vollständig ausgeschlossen ist. So gerecht also, daß die Frauenlöhne in der Industrie noch immer unverändert seit 1882 um ein Drittel unter denen der Männer liegen.

Wir glauben, all das ist auch deshalb so, weil in diesem Staat, trotz sozialdemokratisch geführter Regierung, sich an den tatsächlichen Macht- und Eigentumsverhältnissen, an den Klassenverhältnissen nichts geändert hat. Weil die Arbeiter, Angestellten und ihre Gewerkschaften keine wirksame Mitbestimmung haben, nimmt die Unsicherheit zu, die Ungerechtigkeit wird größer, deshalb steigen die Preise und die Mieten, es drohen schon wieder Kurzarbeit und Entlassungen.

Alle Lasten der kapitalistischen Profit- und Mißwirtschaft sollen in der beginnenden Phase des wirtschaftlichen Abschwungs verstärkt den Arbeitern und Angestellten aufgebürdet werden. Deshalb müssen die Arbeiter und Angestellten am 1. Mai ihre Forderung nach Beseitigung dieses Zustandes, nach Veränderung des Systems in der Öffentlichkeit unüberseh- und unüberhörbar zum Ausdruck bringen. Darum muß man auf der Straße und auf öffentlichen Plätzen demonstrieren und verhindern, sich in engen Sälen zu bewegen. Deshalb muß man in den Betrieben und in den Gewerkschaften die Losungen festlegen, die man mitnimmt, mit denen man demonstriert, die in der Öffentlichkeit sichtbar gezeigt werden müssen. Wo immer auch Veranstaltungen am Vorabend des 1. Mai selbst stattfinden, muß man nicht vereinzelt, sondern massenhaft in Erscheinung treten.

Das Rot darf man nicht reduzieren, sondern im Gegenteil, das Rot muß in diesem Jahr viel mehr dabei sein. Die Herrschenden müssen wahrnehmen, daß die Arbeiter zu ihren Losungen stehen. Die in den Gewerkschaften stattfindende Diskussion über Inhalt und Form des 1. Mai sollte dahingehend entschieden werden, daß die-

ser Tag als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse begangen wird. In diesem Sinne sollte der 1. Mai stärker noch als in der Vergangenheit in den Betrieben und in den Organisationen der Gewerkschaften vorbereitet werden.

Dem an der Spitze des DGB wirkenden Trend nach allgemeinen Mai-Ausflugsveranstaltungen muß aus den Belegschaften dahingehend entgegengewirkt werden, daß der 1. Mai, dem Auftrag der Gewerkschaften entsprechend, allgemeine und allseitige Interessensvertreter der Arbeiter und Angestellten zu sein, sowohl dem Inhalt als auch der Form nach als Kampftag durchgeführt wird. Machtvolle Veranstaltungen können aber nur zustande kommen, wenn die Gewerkschaften frühzeitig die Belegschaften und eine breite Öffentlichkeit auf die notwendigen politischen Aussagen der Maidemonstrationen und Kundgebungen hinweisen. Damit wird auch das Problem der mangelnden Beteiligung angegangen und durch eine aktivere politische Vorbereitung eine höhere Anteilnahme der Belegschaften an den Maidemonstrationen und -Kundgebungen gesichert.

Die Losung für einen Kampf-Mai muß, wenn sie realen Boden haben will, von Sozialdemokraten, Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kräften aus den Betrieben heraus entwickelt werden. Vertrauenskörper, Jugendvertreter und Betriebsräte sollten initiativ werden, damit die Orts- bzw. Kreisvorstände des DGB und die Vorstände der Einzelgewerkschaften erkennen, was von den Kollegen gewünscht wird.

Wenn man die Frage aufwirft, welche politischen Losungen in den Mittelpunkt dieses 1. Mai gerückt werden müssen, dann weist die internationale und die in unserem Lande vorhandene Situation geradezu darauf hin, daß es die Solidarität mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern und der gemeinsame Kampf für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt sein muß. Die Arbeiter und Angestellten können deutlich machen, daß der Kampf um Sicherheit in Europa, für den Abbau der Rüstungslasten und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR verbunden ist mit den Auseinandersetzungen um die Höhe der Reallohnne als eine wichtige Ebene des politischen und sozialen Kampfes.

Der Kampf um Frieden ist nicht losgelöst zu sehen von der Sicherung des Arbeitsplatzes, vom Kampf für eine bessere Berufsausbildung, Weiterqualifizierung und Durchsetzung des Prozenttarifs für Lehrlinge, ist nicht losgelöst zu sehen vom Kampf für innere und überbetriebliche Mitbestimmung, besonders aber auch für ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz auf der Basis der gewerkschaftlichen Vorstellungen vom Frühjahr 1970. Der Kampf für Preis- und Mietstopp, für Steuersenkungen und der antifaschistisch-demokratische Widerstand ge-

gen den Rechtsradikalismus neonazistischer Prägung müssen weiterhin das Hauptgewicht direkter innenpolitischer Aktivitäten der Gewerkschaften im allgemeinen und am 1. Mai im besonderen sein.

Es ist klar, daß wir Kommunisten aktiv teilnehmen an der Vorbereitung und Durchführung aller Veranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes oder seiner Einzelgewerkschaften, um zu helfen, daß die der Arbeiterklasse dienende Politik öffentlichkeitswirksam wird. Dabei werden wir nicht nur die Veranstaltungen kritisch wahrnehmen, sondern mit konstruktiven politischen Aussagen aktiv teilnehmen, damit das Bild des 1. Mai die Stoßrichtung des Kampfes gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus und seine Politik widerspiegelt.

Ein offensiveres Auftreten gegen jene Kräfte, die die Gewerkschaften als Ordnungselement in dieses System einzubauen und zu verankern gedenken, wird auch unsererseits bei den Veranstaltungen zum 1. Mai deutlich gemacht werden müssen. Zugleich wirken wir gegen das gewerkschaftsfeindliche Auftreten von Sektierern und Abenteurern, deren Tätigkeit objektiv die Schwächung der Gewerkschaften anvisiert und gegen die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterorganisationen gerichtet ist. Wir unterstützen die Durchführung von Aktionen am Vorabend des 1. Mai durch die Gewerkschaftsjugend oder andere Organisationen, die in der Vergangenheit schon oft mit großem Erfolg wirkten und erheblich dazu beitrugen, daß der 1. Mai im Bewußtsein vieler Arbeiter und Angestellten neu belebt und die DGB-Veranstaltungen am Tage des 1. Mai aussage- und teilnahmekräftiger wurden.

Wo aber alle Anstrengungen nicht zu abendlichen Gewerkschaftsveranstaltungen am 30. April oder am 1. Mai führen, meinen wir, daß breit zusammengesetzte Mai-Komitees, von den verschiedensten Organisationen und Abteilungen der Arbeiterklasse repräsentiert, dazu beitragen können, den Kampfcharakter des 1. Mai zu betonen. Unsere Partei wird auch eigene Veranstaltungen zum 1. Mai organisieren und bei dieser Gelegenheit von der Klassenposition her die Bedeutung dieses Tages als internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse aller Länder würdigen.

Dieser Tag der Solidarität der Arbeiter aller Länder steht bei uns im Zeichen des Willens, den massiven politischen und ökonomischen Angriff des Großkapitals zu stoppen und zurückzudrängen. Wenn heute kommunistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter beginnen, in den Betrieben und Büros die Kollegen für den 1. Mai zu mobilisieren, dann wird das die Herrschenden treffen, wo sie am empfindlichsten sind, und der Arbeiterklasse zugleich eine bessere Position zur Durchsetzung ihrer eigenen Forderungen schaffen.

Griff in die Rentenkasse?

**Bonn möchte die Zuschüsse noch weiter kürzen
Verbesserung der Altersrente stark gefährdet**

Aus Bonn kommt die alarmierende Nachricht, daß die Bundesregierung auf einer Klausurtagung Überlegungen darüber angestellt hat, die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung in Anbetracht der gestiegenen Beitragseinnahmen weiter zu kürzen. Mit den der Rentenversicherung vorenthaltenen Mitteln will die Bundesregierung ihr auf Grund finanzieller Schwierigkeiten in Frage gestelltes „Reformprogramm“ retten. Der Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist die günstige Entwicklung der Finanzen in der Arbeiter- und Angestellten-Rentenversicherung im Jahre 1970.

Erstmals wieder seit dem Jahre 1965 hat die Arbeiterrentenversicherung einen Überschuß in Höhe von 900 Millionen DM erzielt. In der Angestelltenversicherung soll der Überschuß sogar den Betrag von 2,7 Milliarden DM erreicht haben. Damit sind die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten nicht nur erstmals seit 1960 aus den roten Zahlen heraus, sondern haben gemeinsam mit 3,6 Milliarden DM den bisher höchsten Überschuß überhaupt erreicht. Das bisherige Spitzenergebnis wurde 1962 mit 2,2 Milliarden DM erzielt.

Der Überschuß ist 1970 mehr als dreimal so hoch, wie er mit 1,054 Milliarden DM im Rentenanpassungsbericht 1970 vorausberechnet war. Das hat den Sozialbeirat veranlaßt, die gesamte Vorausberechnung der finanziellen Entwicklung der Rentenversicherung zu korrigieren und für das Jahr 1985 mit 15 Milliarden DM einen ebenfalls dreimal so hohen Überschuß anzurechnen, wie er im Rentenanpassungsbericht 1970 geschätzt worden war. Wie fragwürdig aber diese Vorausberechnungen sind, ergibt sich aus der Tatsache, daß die vier seit dem Herbst 1969 vorliegenden Vorausberechnungen in ihren Ergebnissen erheblich voneinander abweichen.

So wurden in zeitlicher Reihenfolge für das Jahr 1985 3,362 Milliarden DM — 8,068 Milliarden DM — 4,825 Milliarden DM und jetzt 15 Milliarden DM vorausberechnet. Diese starke Differenzierung ist ein Beweis, auf welch unsicherem Fundament die soziale Sicherheit der Arbeiter und Angestellten im spätkapitalistischen System steht. Das allein mußte Anlaß sein, jede weitere Zweckentfremdung von Mitteln der Rentenversicherung zu unterlassen, zumal der Überschuß des Jahres 1970 allein das Ergebnis höherer Beitragsszahlungen der Arbeitnehmer, nicht aber höherer Zahlungen aus dem Bundeshaushalt an die Rentenversicherung ist.

Zweifellos sind die steigenden Rüstungskosten sowie die NATO-Ausgaben auch jetzt wieder die Ursache für die finanziellen Schwierigkeiten, die die Durchführung des „Reform-

programms“ der Bundesregierung in Frage stellen; keinesfalls kann man dafür etwa die Bundeszahlungen an die Rentenversicherung verantwortlich machen. Vielmehr ist durch Kürzungsmaßnahmen der früheren CDU/CSU-Regierung der Anteil der Erstattungs- und Zuschüsse des Bundes an den Gesamtausgaben der Rentenversicherung von 31 Prozent im Jahre 1957 auf weniger als 15 Prozent zurückgegangen, und allein die Kürzungen der Erhard- und Kiesinger-Regierungen stehen in diesem Jahr mit fast 1,6 Milliarden DM zu Buch.

Von einer sozialdemokratisch geführten Regierung, der es nach ihren eigenen Aussagen um innere Reformen geht, müssen die Arbeiter und Angestellten erwarten können, daß sich ihre Politik bezüglich der Rentenversicherung von der der ehemaligen CDU/CSU-Regierungen grundsätzlich unterscheidet. Das würde z. B. bedeuten, daß die Regierung die bereits für 1973 festgelegte weitere Erhöhung des Beitragssatzes auf 18 Prozent streicht, denn nach der jetzt eingetretenen günstigen Entwicklung der finanziellen Situation bei den Rentenversicherungen gibt es für Beitragserhöhungen keinen Grund.

Statt weiter die Kassen der Versicherungen anzuzapfen, muß die Bundesregierung alle in der Vergangenheit — besonders durch das Finanzänderungsgesetz 1967 — erfolgten Kürzungen der Erstattungs- und Zuschüsse an die Rentenversicherung zurücknehmen und den Anteil der Bundeszahlungen, wie es der DGB fordert, auf ein Drittel der Gesamtausgaben heraufsetzen. Nur so wäre es möglich, die stufenweise Erhöhung des Beitragssatzes wieder rückgängig zu machen und schrittweise die Verbesserungen der Versicherungsleistungen zu realisieren, die von den Gewerkschaften seit langem gefordert werden: Herabsetzung der Altersgrenze, Erhöhung der Renten auf 75 Prozent des Arbeitsverdienstes, Ausgleich bei den Frauenrenten für die jahrelange Unterbezahlung sowie eine Mindestrente, die einen angemessenen sozialen Lebensstandard sichert.

A. B.

Volksgesundheit sehr schlecht

Gesundheitsbericht doch nicht „ohne Schönfärberei“ Bonner Haushaltsmittel sind völlig unzureichend

Zum ersten Mal hat eine Regierung der Bundesrepublik einen Gesundheitsbericht vorgelegt. „Ohne Schönfärberei“, wie Bundesgesundheitsministerin Käthe Strobel erklärt, wird mit diesem Bericht die Situation dargestellt, in der sich das Gesundheitswesen der Bundesrepublik befindet. Die Situation ist eindeutig: Obwohl große Fortschritte in der medizinischen Wissenschaft und Technik wie auch der Pharmazie erreicht wurden, gibt es keine grundlegende Verbesserung der Volksgesundheit.

Die Erkrankungen an Krebs und Herzkreislaufstörungen nehmen weiter zu und jeder zweite Bundesbürger fällt der Herz- und Kreislauferkrankung, jeder fünfte Bundesbürger einer Krebserkrankung zum Opfer. Die Müttersterblichkeit ist nach wie vor viel zu hoch und 1969 sogar noch angestiegen. In der Bundesrepublik sterben bis zu 50 Prozent mehr Säuglinge als in den skandinavischen Ländern, der Schweiz oder Japan. In Stadtrand- und ländlichen Gebieten wie im Grenzgebiet zur DDR ist die ärztliche Versorgung der Bevölkerung nicht gesichert, und die Krankenhäuser kommen aus der anhaltenden Misere nicht heraus.

Seit vielen Jahren haben die Gewerkschaften auf die zum Teil katastrophalen Mißstände in unserem Gesundheitswesen nicht nur hingewiesen, sondern auch konkrete Forderungen gestellt und Vorschläge zu ihrer Überwindung formuliert. Im Grundsatzprogramm des DGB befaßt sich ein ganzer Abschnitt mit der Gesundheits-sicherung und verlangt u. a.: „Zur Erhaltung der Volksgesundheit ist eine dem Fortschritt der medizinischen Wissenschaft und den Bedürfnissen des Kranken angepaßte Neugestaltung des Krankenwesens notwendig.“

Vor allem werden im Grundsatzprogramm des DGB allgemeine Maßnahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, die Reinhaltung des Wassers und der Luft, die Beseitigung gesundheitlicher Einwirkungen von Lärm und Strahlen und die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreien Lebensmitteln verlangt. Der 8. DGB-Bundeskongreß hatte noch einmal den Ausbau eines umfassenden vorbeugenden Gesundheitsschutzes gefordert, der sich selbstverständlich nicht nur auf Krebsvorsorgeuntersuchungen beschränken darf, wie das im Krankenversicherungsgesetz festgelegt worden ist.

Im Gesundheitsbericht der Bundesregierung sind Maßnahmen angekündigt, die eine breite gesundheitliche Aufklärung, wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser, Umweltschutz, Reform des Lebensmittel-, Gift- und Arzneimittelrechtes, Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs, 20

die Reform der Ausbildung in den Heilberufen und die Ausweitung der medizinischen Forschung betreffen. Damit wird der Gesundheitsbericht den Forderungen der Gewerkschaften nur zum Teil gerecht.

Soll der Gesundheitsbericht mehr sein als „Schönfärberei“, dann muß das auch in der Bereitstellung ausreichender Mittel im Bundeshaushalt zugunsten des Gesundheitsministeriums seinen Ausdruck finden. Im Bundeshaushalt 1971 wurde zwar der Etat der Bundeswehr um fast 2,6 Milliarden auf 21,8 Milliarden DM erhöht, aber für Jugend, Familie und Gesundheit wurden mit 4,2 Milliarden DM nur 726 Millionen DM mehr als im Vorjahr bereitgestellt.

Die Zahlen im Bundeshaushalt sind alles andere als ein überzeugender Beweis für die Ernsthaftigkeit, mit der die Bundesregierung dem schlechten Zustand der Volksgesundheit zu Leibe rücken will. Dabei kann man mit Sicherheit sagen, daß sich jede Mark auszahlt, nicht nur für das Glück der Menschen, sondern auch in bezug auf die Kosten, die der Volkswirtschaft jährlich infolge Krankheit entstehen, und das sind immerhin 20 Milliarden DM. Der Rüstungsetat dient allein der Rüstungsindustrie und gefährdet eine friedliche Entwicklung. Der Gesundheitsetat dient den Menschen und der sozialen Wohlfahrt. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung sollte nach diesen Gesichtspunkten Prioritäten im Haushalt und in der Politik setzen. Bö.

Gewerkschaften melden Mitgliederzunahme

Mehrere DGB-Gewerkschaften haben 1970 einen kräftigen Zuwachs an neuen Mitgliedern zu verzeichnen. Die Gesamtmitgliederzahl des DGB ist im Zuge dieser Entwicklung von knapp 6,5 Millionen auf rund 6,7 Millionen gestiegen. Den stärksten Mitgliederanstieg haben die IG Metall und die IG Chemie-Papier-Keramik gemeldet. Die IG Metall gewann 1970 mehr als 152 000 Mitglieder hinzu und zählt

jetzt gut 2 223 000. Das ist die höchste Mitgliederzahl in der Geschichte der Gewerkschaft.

Ein Rekordergebnis meldete auch die IG Chemie- Papier-Keramik, die am 15. Februar 1971 die Grenze von 600 000 knapp übersprang. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen erzielte mit einem Neuzugang von 9200 Mitgliedern ihr bestes Werbeergebnis seit 15 Jahren.

Offenkundig hat nicht nur die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik, sondern vor allem die Streikbewegung und Zunahme gewerkschaftlicher Kampffreudigkeit einen positiven Einfluß auf die Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften ausgeübt. Es wird von großer Wichtigkeit sein, das gewachsene Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften durch konsequente Interessenvertretung zu rechtfertigen.

PERSONALIEN

Bruno Eisenburger, Bezirksleiter von Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, wurde zum neuen Hauptkassierer der GHK gewählt. Eisenburger ist 57 Jahre alt und tritt die Nachfolge des kürzlich verstorbenen Anton Grzonka an.

Heinrich Hansen, langjähriger Vorsitzender der IG Druck und Papier, ist Anfang Februar 1971 im Alter von 76 Jahren gestorben. Hansen, der sich bereits 1910 in Hamburg gewerkschaftlich organisierte, gehörte nach dem 2. Weltkrieg zu jenen, die aktiv und in führender Position am Aufbau des Deutschen Gewerkschaftsbundes beteiligt waren. Nach Beginn der faschistischen Herrschaft in Deutschland kämpfte Hansen im Untergrund gegen die Nazis. 1936 wurde er wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhaftet und vier Jahre in Zuchthäusern eingekerkert. Danach stand er unter Polizeiaufsicht. Von 1952 bis 1962 war Hein Hansen 1. Vorsitzender der IG Druck und Papier.

Dieter Lattmann, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Schriftsteller, traf Anfang März in Düsseldorf mit dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz O. Vetter, zusammen. Es war die zweite Begegnung, die Fragen der Zusammenarbeit zwischen DGB und Schriftstellern und der Aufnahme des VS in die gewerkschaftliche Organisation galt. Es wurden Gespräche zwischen dem VS und den beiden Gewerkschaften Druck und Papier sowie Kunst vereinbart, die im DGB für Berufsgruppen im Kulturbereich zuständig sind.

Preispolitik in der DDR

Sozialistische Produktionsweise garantiert Stabilität Preissenkungen in der DDR sind systembedingt

Die jüngsten Schritte auf dem Gebiet der Einzelhandelspreise, die in der DDR zum 1. Februar wirksam wurden, lenken die Aufmerksamkeit erneut auf die Prinzipien der Preispolitik, die bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zur Anwendung gelangen. Diese Preissenkungen sind das Ergebnis der Entwicklung der Produktivität und des Produktionsvolumens auf den entsprechenden Sektoren. Sie bestätigen, daß die Preispolitik der DDR auf die Festigung der sozialen Sicherheit der Werktätigen gerichtet ist. Unser DDR-Korrespondent Roland Köster berichtet:

Am 1. Februar traten bedeutende Preissenkungen für rund 5500 Artikel der Kinder-, Damen- und Herrenbekleidung in Kraft (Preissenkungen von 10 bis 34 Prozent), und auch eine Reihe von Industriewaren wurde nennenswert verbilligt (z. B. Kühlschränke und Farbfernseher bis zu 18 bzw. 15 Prozent).

Bestimmte Spirituosen wurden teurer, und zwar um durchschnittlich 20 Prozent. Aber auch übelwollende Leute können darin schwerlich eine gegen

wäre, müßte es ja wohl ein leichtes sein, den Menschen in der Bundesrepublik ein stabiles Preisniveau auf lange Sicht zu garantieren.

Die Preispolitik in der DDR hat solide, systembedingte Grundlagen in den sozialistischen Produktionsverhältnissen und in einer Wirtschaftspolitik, die bewußt auf die Bedürfnisse der Werktätigen orientiert wird. Im Interesse stabiler Preise für die Artikel des täglichen Bedarfs setzt der sozialistische Staat erhebliche Mittel ein. Ein Beispiel:

Die in der DDR seit Jahren unverändert geltenden Preise für Brot, Butter, Milch, Fleisch, Kartoffeln usw. decken nicht den Aufwand der Erzeuger. Im Prinzip sind kostendeckende Preise im ökonomischen System des Sozialismus eine Notwendigkeit und daher wünschenswert. Aber der Weg dahin kann nicht zu Lasten der Werktätigen gegangen werden. Lösungen für diese echten Widersprüche verlangen einen anderen, allerdings komplizierteren Weg. Er liegt in der Entwicklung der Produktivität und in den Kostensenkungen bei den Erzeugern. Solange im gesellschaftlichen Maßstab ihre Rentabilität aus eigener Kraft nicht gegeben ist, leistet der sozialistische Staat bedeutende Zuschüsse, um die Preise auf dem bisherigen Niveau stabil zu halten. Einige Angaben dazu, in welcher Größenordnung hier im Interesse der Werktätigen Mittel verwandt werden:

Bei Lebensmitteln schießt der Staat jährlich 4,6 Milliarden Mark zu. Auf dem Gebiet der Personenbeförderung ist die Situation ähnlich. Eine Straßenbahnfahrt in Berlin kostet heute wie vor Jahr und Tag nach wie vor 20 Pfennig. Um das zu ermöglichen, wendet der Staat jährlich eine Milliarde Mark auf. Auch in der Wohnungswirtschaft spielen die staatlichen Subventionen eine entscheidende Rolle. Damit die Mieten auf ihrem niedrigen Niveau bleiben, werden dem Haushalt jährlich 2,2 Milliarden Mark entnommen.

Es liegt auf der Hand: Eine ganze Menge könnte über das Erreichte hinaus geschaffen werden, manche auch noch offene Frage sicher längst gelöst sein, wenn die Subventionssummen,

bei denen es nicht gerade um Pfennige geht, „eingespart“ worden wären — durch Freigabe der Preise und Mieten. Aber das würde die arbeitenden Menschen treffen und kann darum nicht ernsthaft erwogen werden.

Weil die Preisstabilität in der DDR seit vielen Jahren außer Frage steht, muß man auch die Behauptung anti-kommunistischer Schlaumeier absurd nennen, wonach zwischen den jüngsten Maßnahmen der DDR und den Vorgängen in Polen ein Zusammenhang bestünde. Man muß nicht unbedingt Ökonom sein, um die einfache Wahrheit zu begreifen: Die entscheidenden Faktoren, die sozialpolitische Fortschritte gestatten, können nicht außerhalb des gegebenen Landes gesucht werden, sondern ergeben sich und sind zu erklären aus den inneren, vor allem den ökonomischen Prozessen.

Über die günstige, wenn auch nicht problemlose Bilanz, die sich für die DDR im Zeitraum der letzten fünf Jahre ergibt, wurde in NACHRICHTEN bereits informiert. Die Erfinder von „Zusammenhängen“ bewegen sich also im Bereich der eigenen Phantasie, nicht aber der Tatsachen. Zu diesen Tatsachen gehört die Preisstabilität in der DDR, die nur als Zeichen der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Stabilität des sozialistischen Staates gesehen und verstanden werden kann. R. K.

Rolle der Frauen wächst

Eine Bilanz zum diesjährigen Internationalen Frauentag (8. März) hinsichtlich der gesellschaftlichen Stellung der Frau in der DDR zeigt weitere Fortschritte. Bei den gewählten Volksvertretungen ist jeder dritte Abgeordnete heute eine Frau. In der Volkskammer der DDR sind 30,6 Prozent der Abgeordneten, in den Bezirkstagen 32,6 und in den Kreistagen 36 Prozent der Abgeordneten weiblich. 1172 Frauen sind Bürgermeister (13 Prozent). Der Anteil der Frauen an den Hochschulstudenten beträgt 34,0 Prozent. An den Fachschulen sind 44,9 Prozent der Studenten weiblich.

Schach den Unfällen

Als ein ernstzunehmendes Signal hat die FDGB-Tageszeitung „Tribüne“ kürzlich ein gewisses Ansteigen der Arbeitsunfälle in der DDR bezeichnet. Die Unfälle stiegen (auf 1000 Beschäftigte gerechnet) in den ersten neun Monaten des Jahres 1970 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von 30,37 auf 30,54. Die Unfälle nahmen besonders in der Chemie- und in der Bauindustrie sowie in der Metallurgie zu. Die Zeitung fordert größere Aufmerksamkeit für sichere Arbeitsbedingungen.

Unser Nachbar DDR

die soziale Sicherheit der Werktätigen gerichtete Maßnahme sehen. Für diese Preiserhöhung waren wesentlich gesundheitspolitische Erwägungen maßgebend. Denn in Verbindung mit der Entwicklung des allgemeinen Lebensniveaus ist der Konsum von alkoholischen Getränken in der DDR ziemlich stark angestiegen, so daß eine bremsende Wirkung durch den Preis durchaus wünschenswert ist. Übrigens blieben Bier, Wein und Sekt im Preis unverändert.

Tatsache ist, daß die Preise der entscheidenden Posten der Lebenshaltung, eingeschlossen Mieten und Verkehrstarife, in der DDR seit vielen Jahren stabil geblieben sind, und dies bei kontinuierlich steigenden Lohneinkommen. Die Preisstabilität wird in der DDR als etwas so Selbstverständliches empfunden, daß man gar nicht mehr darüber spricht.

Allerdings hat sich diese Preisstabilität nicht von selbst ergeben. Darauf soll beiläufig hingewiesen werden, weil manche Leute in der Bundesrepublik immer wieder mit der Theorie hausieren gehen, alles, was offenkundig vorteilhaft und gut in der DDR ist, sei „systemneutral“ zu werten oder gar „gegen das System“ und „gegen die SED“ erreicht worden. Wenn es so

Proteststreiks in England

Mit einem Proteststreik von mehr als drei Millionen Arbeitern verschiedener Wirtschaftszweige erreichte der Kampf der britischen Gewerkschaften gegen das Antigewerkschaftsgesetz der konservativen Regierung Edward Heath einen neuen Höhepunkt. Die Regierung beabsichtigt mit dem Gesetz eine drastische Einschränkung des Streikrechts, die Einführung der Registraturpflicht und eines Systems von Geld- und Haftstrafen gegen Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftsfunktionäre. Die Gesetzesvorlage zur „Gewerkschaftsreform“ wird gegenwärtig im Unterhaus beraten und soll noch in diesem Sommer Gesetzeskraft erlangen.

Aufgerufen zu dem Streik hatte die große britische Metallarbeitergewerkschaft. Der Streik, der reinen politischen Charakter hatte, lähmte am 1. März weite Teile der Metallindustrie, darunter faktisch die gesamte Automobilindustrie. Ebenfalls riefen zwei Gewerkschaften der Wertarbeiter ihre Mitglieder zum Streik auf. Auch Arbeiter, deren Gewerkschaften nicht zum Streik aufgerufen hatten, schlossen sich der Protestaktion an, so z. B. in den Häfen.

Der britische Gewerkschaftsbund TUC hat für den 18. März 1971 die Durchführung eines außerordentlichen Kongresses angesetzt, auf dem die Maßnahmen beraten werden sollen, die von den Gewerkschaften zu ergreifen sind, wenn das Antigewerkschaftsgesetz rechtskräftig geworden ist. Diese Themenstellung kam zustande, weil der TUC gegen Streikkämpfe zur Verhinderung des Gesetzes ist. Er geht vielmehr davon aus, daß dieses Gesetz mit „legalen“ Mitteln wie Kundgebungen, Protesterkklärungen usw. bekämpft werden müsse. Da diese Maßnahmen allein aber nicht zum Erfolg führen können, unterstellt der kampfunwillige TUC folgerichtig, daß das Parlament das Antigewerkschaftsgesetz verabschieden wird. Der Gewerkschaftsbund will seinen Mitgliedgewerkschaften empfehlen, nach Inkrafttreten des Gesetzes die darin vorgesehenen Maßnahmen zu boykottieren.

Dagegen fordern Millionen britischer Gewerkschafter „direkte Aktionen“ gegen das „Reformgesetz“ der Konservativen. Sie kämpfen auch ohne den Segen des sozialpartnerschaftlich orientierten TUC-Präsidenten, Victor Feather, für die demokratischen Rechte der britischen Gewerkschaften.

Parallel zu den Protestaktionen gegen das Antigewerkschaftsgesetz läuft in Großbritannien zur Zeit eine umfangreiche Lohnbewegung. Der Streik der 230 000 Postbediensteten ist gerade zu Ende gegangen. Eine Kommission soll nach siebenwöchigem Streik die Kluft zwischen dem Angebot der Postverwaltung von 8 Prozent und der For-

derung der Postarbeiter nach Aufbesserung der Löhne und Gehälter um 13,5 Prozent überwinden.

Weitere Beschäftigtengruppen haben Ende Februar ihre Forderungen angemeldet: Über eine Million Beschäftigte des öffentlichen Dienstes verlangt Lohn- und Gehaltserhöhungen von 15 Prozent und weit darüber. Eine spürbare Erhöhung ihrer Einkommen forderten auch 345 000 Lehrer, 300 000 Krankenschwestern, 280 000 Eisenbahnangestellte und 100 000 Polizisten.

Cl.

Streiks und Aussperrung in Schweden

Nachdem in Schweden, dem sozialdemokratischen „Musterlande“, rund 15 000 Bedienstete des kommunalen und staatlichen Verwaltungsapparates und mehrere hundert Eisenbahner in den Streik getreten sind, um höhere

Löhne und Gehälter durchzusetzen, hat die Regierung als Tarifpartner Ende Februar mindestens weitere 35 000 Beschäftigte, darunter 25 000 Lehrer, ausgesperrt. Die in den Gewerkschaften der Akademiker und der Staatsbeamten (SACO und SR) organisierten Beamten und Angestellten des kommunalen und staatlichen Dienstes fordern einen Ausgleich für die in den letzten Jahren eingetretene Minderung der realen Kaufkraft, die nach ihren Angaben bis zu 20 Prozent ausmacht. Die Streiks begannen Anfang Februar und dauerten bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe an.

Metallarbeiterstreik in Finnland

Rund 70 000 Metallarbeiter sind im Februar in Finnland in einen Streik getreten, um Lohnforderungen durchzusetzen. Die IG Metall der Bundesrepublik hat der finnischen Metallgewerkschaft Unterstützung zugesagt. In dieser Angelegenheit haben am 19. Februar zwischen beiden Gewerkschaften, die Mitglied des IMB sind, Konsultationen stattgefunden.

UdSSR: Neuer Fünfjahrplan

In Vorbereitung des 24. Parteitages der KPdSU sind die Direktiven des Zentralkomitees für den Fünfjahrplan 1971 bis 1975 als Entwurf veröffentlicht worden. Damit ist eine breite öffentliche und innerparteiliche Diskussion über die planmäßige Weiterentwicklung aller Gebiete des gesellschaftlichen Lebens eingeleitet.

Die Planwirtschaft hat sich bewährt. Produktion und Lebensstandard in der UdSSR entwickelten sich rascher, als es im abgelaufenen Fünfjahrplan vorgesehen war. Das Nationaleinkommen stieg von 1965 bis 1970 um 41 Prozent, die industrielle Produktion um 50 Prozent. Die Konsumgüterproduktion stieg in jedem Jahr um 8,3 Prozent. Die Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung stiegen im Planjahr fünf um 33 Prozent. Die Fünftgearbeitswoche wurde eingeführt, die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen und langlebigen Konsumgütern wesentlich verbessert.

Jetzt beginnt für die sowjetische Bevölkerung ein neuer Abschnitt. Die allgemeine Richtschnur ist der weitere Vormarsch zum Kommunismus, die Schaffung seltener materiell-technischen Basis, die Festigung der Wirtschafts- und Verteidigungskraft. Als Hauptaufgabe des neuen Fünfjahrplans wird ein „bedeutender Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“ bezeichnet. Das soll durch ein rasches Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion, des wissenschaftlich-techni-

schen Fortschritts und ein schnelles Wachstum der Arbeitsproduktivität gesichert werden.

Das Programm sozialer Maßnahmen enthält u. a. folgende Punkte: Erhöhung des Realeinkommens pro Kopf um etwa 30 Prozent, dabei eine weitere Steigerung der Mindestlöhne und -gehälter. Die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds werden um 40 Prozent vergrößert. Das soll ermöglichen, das Gesundheitswesen und die Ausbildung aller Werktätigen weiter zu verbessern und die Renten für die Arbeiter, Angestellten und Bauern zu erhöhen. Ein großes Programm ist für den Wohnungsbau vorgesehen. Das Lebensniveau der ländlichen Bevölkerung soll weiter dem städtischen Niveau angenähert werden.

Das ist nur eine kleine Auswahl aus dem Gesamtprogramm, das alle Bereiche der Volkswirtschaft umfaßt, von der Einrichtung weiterer Kinderkrippen bis zu neuen Fortschritten in der Weltraumfahrt, von der Versorgung der Arbeiter im Betrieb bis zum Handel der UdSSR im Weltmaßstab. Im Ganzen ist der Entwurf der Direktiven für den neuen Fünfjahrplan ein Dokument, das den siegreichen Vormarsch des Sozialismus zum Ausdruck bringt und neue Erfolge der Sowjetunion ankündigt, die für alle sozialistischen Staaten eine Grundlage gemeinsamen Vorwärtsschreitens sein und alle antilperalistischen Kräfte in der Welt stärken werden.

jol

„Blutiger Stahl“

Bruno Gluchowski: „Blutiger Stahl — aus dem Leben des Martin Roth“, Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main, 282 Seiten, Leinen, 7,80 DM

Ein Roman, der realistisch ein Arbeiterleben in der Bundesrepublik darstellt, ist hierzulande eine Rarität. Lediglich Max von der Grün konnte mit seinen Büchern dieses Thema einem breiteren Publikum nahebringen. Am Ende des Jahres 1970 legte nun der Röderberg-Verlag in Frankfurt/M. den Roman Bruno Gluchowskis „Blutiger Stahl — aus dem Leben des Martin Roth“ vor. Dieser Roman schildert in fesselnder Form Episoden aus dem Leben des Stahlarbeiters Martin Roth in den 60er Jahren der Bundesrepublik.

Die kurze Zusammenfassung des Inhalts: Martin Roth, Jahrgang 1934, verheiratet und Vater eines Kindes, gehört zur Bedienungsmannschaft eines Konverters im Thomasstahlwerk der „Luisenhütte“ an der Ruhr. Martin Roth lebt zunächst ein unpolitisches, ungeachtetes, gewöhnliches Arbeiterleben, bis ihn ein furchtbarer Arbeitsunfall trifft. Der Konverter explodiert und der kochende Stahl bringt Tod und Verderben über die Konvertermannschaft. Zwei seiner Arbeitskollegen werden tödlich verletzt. Er selbst kommt für mehrere Wochen in ein großes Krankenhaus, in dem er nicht nur immer wieder mit Arbeitsunfällen aller Art konfrontiert wird, sondern auch darüber nachzudenken beginnt, wo die Ursachen für dieses tausendfache Arbeiterelend liegen.

Martin Roth grübelt über seine Lage nach. Er hat viele Wochen Zeit. Er beginnt, das Erlebte aufzuschreiben. Nach der Genesung sieht Martin Roth in der Luisenhütte manches kritisch. Da erscheint der Redakteur einer Lokalzeitung, der über den Betrieb berichten will. Er interessiert sich für die Aufzeichnungen von Martin Roth und sichert ihm zu, diese in seinem Blatt als Reportage unter dem Titel „Blutiger Stahl“ zu veröffentlichen.

Der Abdruck der Reportage beginnt und zeigt sofort Wirkung: Die Arbeiter begrüßen die ungeschminkte Wahrheit der Reportage, die Konzernleitung ist aufgeschreckt und dem Betriebsrat ist der „Nörgler“ suspekt. Und damit beginnt der Leidensweg des Martin Roth, der von zahllosen Angriffen des Konzerns begleitet ist und den Stahlarbeiter schließlich ins Gefängnis bringt.

Schließlich macht der Autor eindrucksvoll auf das Zusammenspiel von ökonomischer Macht und politischer Herrschaft aufmerksam. Das Spiel mit verteilten Rollen zwischen Konzernleitung und politischer Polizei ist erst in

den letzten Monaten in fast allen Bereichen der westdeutschen Großindustrie nachgewiesen worden.

Dieser Teil des Romans ist überzeugend und auch in vielen Phasen spannend geschrieben. Trotzdem kann der Rezensent sein Lob nicht ohne Einschränkung aussprechen. Und diese Einschränkung bezieht sich vor allem auf den letzten Teil des Romans, der einerseits — besonders in den Kapiteln, die die Haftperiode Martin Roths beschreiben — manche politisch plakative Szene enthält, die nicht harmonisch in das Gesamtgeschehen eingearbeitet sind, und andererseits mit einem Happy End schließt, das nicht als typisch für die gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik angesehen werden kann.

Gluchowski entläßt also seinen Leser in der Bundesrepublik unbefriedigt. Denn kaum einer, der von der Zuchtrule der Ausbeuter getroffenen Arbeiter wird den Weg des Martin Roth

aus dem Gefängnis direkt in eine wohldotierte Redaktionsstube gehen können. Wenn es sich hierbei auch um die Redaktion einer Gewerkschaftszeitung handelt.

Trotzdem ist beachtlich, daß Bruno Gluchowski, im Jahre 1900 als Sohn eines Bauarbeiters geboren, Anfang der 20er Jahre ins Ruhrgebiet übersiedelt, dort bis zu seiner Pensionierung 1965 im Bergbau tätig, eine solche literarische Leistung vorlegt. Gluchowski war schon in den 20er Jahren im „Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller“ tätig. Er schrieb den Roman „Kohlen Kulis, Revolte an der Ruhr“, dessen Erscheinen die Nazis 1933 verhinderten. 1965 kam sein Roman „Der Honigkotten“ heraus. Ohne Zweifel ist jedoch dieser Roman auch sein bisher leistungsfähigstes Werk. Bruno Gluchowski hat sich damit als politischer Arbeiterschriftsteller einen Namen gemacht. Sein „Blutiger Stahl“ zeichnet in eindrucksvoller Weise die Spuren eines gesellschaftlichen Systems, das zum Zwecke seiner Profit- und Machtausweitung zu allen Schandtaten fähig ist. Die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik wird dafür sorgen müssen, diesem System zuerst durch Kampf um Mitbestimmung der Arbeitenden Fesseln anzulegen, um es dann endgültig durch eine bessere Gesellschaftsordnung ablösen zu können.

Heinz Czymek

Mitbestimmung — aber wie?

Friedemann Schuster: „Mitbestimmung — Machtverhältnisse — Klassenkampf“. Marxistisches Taschenbuch aus der Reihe: Marxismus aktuell, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main, 80 Seiten, 3,— DM.

Das Taschenbuch erscheint zweifelsohne zum richtigen Augenblick und wird sicherlich die Aufmerksamkeit breiter Kreise auf sich ziehen. Schon „Die Septemberstreiks — Auf den Arbeiter kommt es an“, vom selben Autor, war ein Treffer ins Schwarze. „Das in hoher Auflage verbreitete Taschenbuch“, so schrieb damals „Die Welt“, zwang die Gewerkschaftszentrale, „zu hohen Forderungen (im Lohnkampf — F.K.) überzugehen, um nicht als Verbündete der Arbeitgeber im Kartell einer gesteuerten Wirtschaft in Mißkredit zu geraten.“

Diesmal analysiert F. Schuster populärwissenschaftlich, und zwar erneut auf der Grundlage einer umfangreichen Studie des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Probleme der Mitbestimmung aus marxistischer Sicht, ausgehend von den konkreten Machtverhältnissen in der Bundesrepublik.

Die Arbeit ist in drei Hauptabschnitte untergliedert: „Realität im Betrieb,

Kontrolle und Grenzen“; „Vorschläge, Konzeptionen und Programme“; „Für eine Strategie der Arbeiterklasse“. Eingangs wird vor allem die betriebliche Praxis untersucht. Hier nennt der Autor konkrete Beispiele und skizziert die realen Machtverhältnisse. Nach der Darstellung des heutigen institutionellen Bereichs der Mitbestimmung, ihrer Möglichkeiten und Barrieren, werden die augenblicklich vorhandenen Konzeptionen und Modelle zur Mitbestimmung vorgestellt und näher erläutert, so die Vorschläge der Gewerkschaften, christlicher Kreise, der SPD/FDP-Regierung (Gesetze etc.), der CDU/CSU und der DKP.

Exakte Untersuchungen, Argumente und Tatsachen aus dem Arbeitsleben, klare Gedankengänge und eine einfache Sprache — all das zeichnet „Mitbestimmung — Machtverhältnisse — Klassenkampf“ aus und empfiehlt es als Heller und Ratgeber für die betriebliche und politische Praxis im Kampf um Mitbestimmung.

Fritz Krause

- **18. und 19. März**
4. Bundesfrauenkonferenz der IG Druck und Papier in München.
- **18. und 19. März**
Zentrale Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Textil — Bekleidung in Möchengladbach.
- **15. bis 17. April**
9. Jugendkonferenz der IG Metall in Saarbrücken.
- **23. und 24. April**
Zentrale Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Essen.
- **29. April**
Eröffnung der Ruhrfestspiele in Recklinghausen — Ende der Festspiele am 27. Juni.
- **14. und 15. Mai**
Außerordentlicher Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf
- **20. bis 22. Mai**
Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Köln.
- **2. bis 5. Juni**
8. Delegiertentag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union im DGB in Westberlin.
- **10. und 11. Juni**
7. Angestelltenkonferenz der IG Metall in Dortmund.
- **11. und 12. Juni**
Bundesfrauenkonferenz des DGB in Kassel.
- **24. bis 26. Juni**
Weltwirtschaftskonferenz der Gewerkschaften des IBFG in Genf.
- **26. September bis 2. Oktober**
10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Wiesbaden.
- **30. September bis 1. Oktober**
Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Oberhausen.
- **3. bis 9. Oktober**
10. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Wiesbaden.
- **4. bis 8. Oktober**
11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Dortmund.
- **10. bis 13. Oktober**
9. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Bad Harzburg.
- **24. bis 30. Oktober**
9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg.

In seiner Sitzung am 3. März 1971 hat der Bundesausschuß des DGB, das höchste Organ zwischen den Bundeskongressen, die Bundesregierung aufgefordert, „die angekündigten sozialen Reformen so bald wie möglich zu verwirklichen“. Äußerungen des Regierungssprechers, daß diese Reformen hinausgeschoben werden sollen, hätten bereits eine starke Beunruhigung der Arbeiterschaft hervorgerufen. Der Bundesausschuß fordert von der Regierung die verbindliche Erklärung, daß unter keinen Umständen eine weitere Kürzung der Zuschüsse zur Rentenversicherung erfolgt; vielmehr sollen diese Bundeszuschüsse wieder langfristig auf ein Drittel der Ausgaben der Rentenversicherung angehoben werden.

An sozialen Reformmaßnahmen, die noch in dieser Legislaturperiode durchgeführt werden sollen, verlangt der DGB-Bundesausschuß die Einführung der flexiblen Altersgrenze in der Rentenversicherung und die gesetzliche Verankerung eines bezahlten Bildungsurlaubs.

Der IG-Metall-Vorsitzende, Otto Brenner, hat am 2. März die Regierung im Zusammenhang mit den Plänen zur Verschiebung sozialer Verbesserungen ermahnt, nicht dem Druck der konservativen Kräfte nachzugeben, die jede Veränderung der bestehenden Verhältnisse als Anschlag auf die kapitalistische Ordnung bekämpfen würden. Brenner griff den Gedanken der Erzeugung gewerkschaftlichen Gegendrucks auf und meinte, falls die sozialpolitischen Fragen vom Gesetzgeber nicht geregelt würden, müßten die Gewerkschaften tarippolitisch entsprechend aktiv werden, um die notwendigen Fortschritte zu erreichen.

Verteuerung der Lebenshaltung bis um 5 Prozent

Die von der Bundesregierung zusammen mit den Unternehmern verfüigten und eingeleiteten Preissteigerungen im Dienstleistungs- und Konsumsektor sowie auf anderen Gebieten hat im Februar zu einem sprunghaften An-

stieg der Lebenshaltungskosten um mehr als 4 Prozent geführt. In Baden-Württemberg betrug der Anstieg sogar 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat und in Nordrhein-Westfalen 4,4 Prozent. Minister Schiller und Sprecher einiger Unternehmerverbände haben bereits angekündigt, daß der Preisauftrieb auch in diesem Jahr wieder mindestens 4 Prozent ausmachen werde. Ein Grund mehr, der hemmungslosen Profitpolitik die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften entgegenzusetzen.

Keinen Lohn verschenken!

In diesen Wochen können bei den Finanzämtern von den Arbeitern und Angestellten die Anträge auf Rückerstattung zuviel entrichtelter Steuern eingereicht werden (Lohnsteuer-Jahresausgleich). Erfahrungsgemäß werden von den abhängig Beschäftigten in jedem Jahr mehrere Milliarden DM verschenkt, weil — oft aus Unkenntnis — die Anträge nicht gestellt werden. Die Anträge sind in der Regel im Lohnbüro des Betriebes, auf jeden Fall aber beim Finanzamt zu erhalten. Betriebsräte und Gewerkschaftsbüros sind gern bereit, beim Ausfüllen der Anträge behilflich zu sein.

Zu guter Letzt

„Sehen Sie sich das Programm der Jungsozialisten an: Dort finden Sie eindeutig sozialistische Elemente.“

Ein Geistesblitz der bundesdeutschen „Ökonomie“, Rainer Candidus Barzel.

nachrichten

Die NACHRICHTEN — Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik — erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Herausgeber: Josef Ledwonn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307;
Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/5;
Bard Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307, Telefon 94 87 81; Konto-Nr. 10-59029-0 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/Main; Postcheckkonto Frankfurt 305040.

Einzelr. 1,00 DM; Jahresabonnement 14,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 7,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambach & Co. Neumünster